

2017

Geschäftsbericht

Kennzahlen

| in Mio. € | 1.1.2017- 31.12.2017 | 1.1.2016- 31.12.2016 |
|--------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Neugeschäft | | |
| Aktiv | | |
| Immobilienfinanzierungen | 2 | 0 |
| Kapitalmarktgeschäft | 0 | 0 |
| Passiv | | |
| Hypothekenpfandbriefe | 0 | 0 |
| Öffentliche Pfandbriefe | 0 | 0 |
| Sonstige Schuldverschreibungen | 0 | 0 |
| Aufgenommene Darlehen | 61 | 369 |
| Ertragslage | | |
| Ergebnis nach Steuern | -65,6 | -94,0 |

| | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--------------------------------|--------------|------------|
| Bestand | | |
| Aktiv | | |
| Immobilienfinanzierungen | 616 | 1.033 |
| Kapitalmarktgeschäft* | 2.343 | 4.478 |
| Passiv | | |
| Hypothekenpfandbriefe | 175 | 464 |
| Öffentliche Pfandbriefe | 1.142 | 1.873 |
| Sonstige Schuldverschreibungen | 0 | 0 |
| Aufgenommene Darlehen | 454 | 827 |
| Bilanzsumme | 3.989 | 6.866 |
| Eigenmittel** | | |
| Bestand | | |
| Hartes Kernkapital | 318 | 183 |
| Zusätzliches Kernkapital | 0 | 0 |
| Ergänzungskapital | 0 | 0 |
| Quoten | | |
| Harte Kernkapitalquote | 42,7% | 13,1% |
| Kernkapitalquote | 42,7% | 13,1% |
| Gesamtkapitalquote | 42,7% | 13,1% |

*Nominalbetrag

**jeweils unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort des Vorstands | 5 |
| Lagebericht | 7 |
| Geschäftsmodell und Strategie der Düsseldorfer Hypothekenbank AG | 7 |
| Entwicklung der Märkte | 7 |
| Geschäftsentwicklung | 10 |
| Risikobericht | 18 |
| Prognosebericht | 34 |
| Jahresabschluss | 37 |
| Bilanz | 38 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 40 |
| Anhang | 41 |
| Bestätigungsvermerk | 59 |
| Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG | 65 |
| Bericht des Aufsichtsrats | 67 |
| Haftungsausschluss | 72 |
| Impressum | 73 |

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2017 stand für uns unter einem besonderen Vorzeichen:

20 Jahre Düsseldorfer Hypothekenbank AG!

Dieses Jubiläum konnten die Bank und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anfang September begehen. Neben diesem Ereignis stimmte uns vor allem die Entwicklung der Bank im Geschäftsjahr 2017 positiv.

Das stetige Wirtschaftswachstum in Europa sowie die fortgesetzte expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wirkten sich stimulierend auf die Finanz-, die Kapital- und nicht zuletzt die Immobilienmärkte aus, während geopolitische Ereignisse eher etwas dämpfend wirkten. Diese werden voraussichtlich auch weiterhin für eine gewisse Verunsicherung sorgen. Insofern bleibt das Umfeld für Banken anspruchsvoll, nicht zuletzt durch die anhaltende Dynamik regulatorischer Anforderungen.

Diese überwiegend positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gaben uns Rückenwind für die weitere Umsetzung der Strategie der Bank, insbesondere für den Rückbau im Kapitalmarktbereich. Die Stabilisierung auf den Anleihemärkten südeuropäischer Länder hat die Bank genutzt, das Kapitalmarktportfolio weiter ergebnisschonend abzubauen. Es ist insbesondere gelungen, die Wertpapierbestände der Länder Italien und Portugal erneut erfolgreich zu reduzieren und damit die Risikosituation der Bank weiter zu verbessern. Der Bundesverband deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds (ESF) hat dies durch weitere Unterstützungsmaßnahmen ermöglicht und sich damit erneut als verlässlicher und konstruktiver Partner erwiesen.

Das Immobilienkreditportfolio hat sich durch Tilgungen, außerplanmäßige Rückzahlungen und Fälligkeiten ebenfalls weiter verkleinert. Parallel dazu ist die Bank auch bezüglich des Rückkaufs eigener Pfandbriefe erfolgreich vorangekommen. Es wurden im Jahr 2017 Pfandbriefe in nennenswerter Höhe zurückgekauft. Die Bilanzsumme ist weiter deutlich rückläufig und liegt zum Ende des Geschäftsjahrs 2017 erstmals unter vier Mrd. €.

Im laufenden Geschäftsjahr 2018 werden wir den Wertpapierbestand unter Nutzung sich bietender Gelegenheiten weiter abbauen und uns hierbei erneut auf den südeuropäischen Raum konzentrieren. Wir befinden uns vollumfänglich im Rahmen unserer Planungen, teilweise sogar darüber und werden den Rückbau im Kapitalmarktbereich im weiteren Verlauf des Geschäftsjahrs 2018 konsequent weiterverfolgen. Dass unsere Strategie greift und wir damit auf dem richtigen Weg sind, hat das vergangene Jahr eindrucksvoll gezeigt. Dies verdanken wir vor allem unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihrem unermüdlichen Einsatz.

Allen Beteiligten, der Aktionärin, dem Aufsichtsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für das auch im Geschäftsjahr 2017 unter Beweis gestellte hohe Engagement und ihre Loyalität, die uns ermutigen, den eingeschlagenen Weg zielstrebig fortzusetzen.

Der Vorstand der Düsseldorfer Hypothekenbank AG



Dr. Klaus Vajc



Dr. Marcus Tusch



Dr. Klaus Vajc

Sprecher des Vorstands

Dr. Marcus Tusch

Mitglied des Vorstands

Lagebericht

Geschäftsmodell und Strategie der Düsseldorfer Hypothekbank AG

Die Düsseldorfer Hypothekbank AG mit Sitz in Düsseldorf ist eine deutsche Pfandbriefbank und Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e.V. (BdB) sowie im Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V. (vdp). Alleinaktionär ist die Resba Beteiligungsgesellschaft mbH (Resba), eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des ESF.

Die Bank wird im Rahmen eines geordneten Rückbaus im Going Concern fortgeführt. Der Fokus liegt auf dem Abbau vorhandener Risiken vor allem im Kapitalmarktbereich und der Fortsetzung der Reduzierung der Bilanzsumme.

Die Kernelemente der Geschäftsstrategie sind:

- Im Kapitalmarktgeschäft (einschließlich Staatskreditgeschäft) ist das wesentliche Ziel ein geordneter, systematischer Rückbau ausgewählter Wertpapierportfolios und Schuldscheindarlehen und somit die aktive Reduzierung von Risikopositionen/-aktiva.
- Im Immobilienkreditgeschäft wird das Bestandsgeschäft in den beiden Kernländern Deutschland und Niederlande fortgeführt. Neugeschäft wird nur abgeschlossen, wenn dies zur Aussteuerung des Deckungsstocks erforderlich ist.
- Der geordnete Rückbau erfolgt unter Steuerung der Zins-, Options- und Währungsrisiken sowie des Adressausfallrisikos. Der Rückbau im Going Concern erfolgt dabei unter Fortführung des Geschäftsbetriebs und der jederzeitigen Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Entwicklung der Märkte

Die gesamtwirtschaftlichen und kapitalmarktbezogenen Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und kapitalmarktbezogenen Rahmenbedingungen sind für die Düsseldorfer Hypothekbank AG aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung auf den geordneten Rückbau vorrangig hinsichtlich der Auswirkungen auf das Risiko ihrer Bestandspositionen von Interesse.

Politische Risiken waren im Jahr 2017 neben der Zentralbankpolitik der wohl größte Treiber für die Marktvolatilität. Im aktuellen Fokus stehen die Unabhängigkeitsbestrebungen der spanischen Region Katalonien. Der Markt reagiert bisher aber sehr besonnen auf diesen Konflikt. Überraschungen, welche die Märkte nachhaltig in Aufruhr versetzen könnten, erscheinen derzeit eher unwahrscheinlich. Negativ auf die Volatilität könnten sich die Brexitverhandlungen auswirken. Allerdings dürfte der Markt zunehmend resistenter auf Brexitschlagzeilen reagieren. Die größten Ungewissheiten verbleiben daher in Italien, wo nicht nur ökonomische Probleme auf eine Lösung warten, sondern auch die Neuwahlen im März 2018 anstehen, welche die politische Landschaft in Italien und Europa maßgeblich verändern könnten.

Der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien steht ein erhöhtes politisches Risiko gegenüber. Die spanische Zentralregierung hat sich zuletzt im Katalonienkonflikt durchgesetzt und eine Abspaltung der Region verhindert. Nach den Neuwahlen in Katalonien im Dezember und der erneuten Mehrheit für separatistische Parteien wird das Problem aber weiterhin bestehen bleiben. Erste Signale der neuen Mehrheit deuten aber auf einen weniger aggressiven Kurs hin. Die spanische Regierung revidierte ihre Prognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2018 aufgrund der Katalonienproblematik leicht von 2,60% auf 2,30%, insgesamt sind die Aussichten für die spanische Wirtschaft jedoch weiterhin positiv. Zudem sank die Arbeitslosigkeit von einem Höchststand von 27,00% auf 16,40% im dritten Quartal 2017. Die Verlegung ihres Hauptsitzes aus Katalonien in andere spanische Regionen durch eine Vielzahl von Unternehmen als Reaktion auf Abspaltungsbemühungen wird nur lokal die katalonische Wirtschaft belasten.

Unterdessen gewinnt der Konjunkturaufschwung in der Eurozone zunehmend an Dynamik. Zwar wurde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für das dritte Quartal von Eurostat leicht auf 0,60% zum Vorquartal korrigiert, insgesamt jedoch ergibt sich im Jahresvergleich ein auf 2,60% verbessertes Bruttoinlandsprodukt. Der ifo Geschäftsklimaindex zeigt für Deutschland einen der höchsten je gemessenen Stände.

Die relativ gute konjunkturelle Lage sowie die gesunkenen politischen Risiken hat die EZB wie erwartet im Juni zum Anlass genommen, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung positiver einzuschätzen. Dies dürfte die Tapering Diskussionen der EZB intensivieren. Mittelfristiges Ziel muss die Abkehr von der Niedrigzinspolitik sein, die für

viele Kreditinstitute aber auch andere Kapitalmarktteilnehmer eine große Herausforderung darstellt. Darüber hinaus stellen die fortschreitende Digitalisierung und die stetig neuen regulatorischen Anforderungen den Bankensektor vor große Aufgaben, die es zu bewältigen gilt.

Immobilieninvestment und -finanzierungsmärkte

Der unverändert anhaltende Konjunkturaufschwung in der Eurozone hat auch in 2017 das Immobilieninvestitionsklima begünstigt. Aufgrund der im dritten Quartal getroffenen Beschlüsse des EZB-Rats über eine Verlängerung seines Anleihenkaufprogramms bis September 2018 wird die EZB von ihrem bisherigen Kurs zunächst nicht abweichen. Somit wird für das kommende Jahr mit einer Fortsetzung der Niedrigzinsphase gerechnet, weshalb sich die hohe Nachfrage nach Gewerbeimmobilien aufgrund der im Markt befindlichen Liquidität weiter erhöhen wird. Nach Experteneinschätzungen hält der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland auch in den kommenden zwei Jahren an. Trotz dieser Zuversicht bleibt abzuwarten, wie die Märkte in den USA auf die vom Federal Reserve System angekündigten Zinserhöhungen in 2018 reagieren werden. Auch in Europa könnte nach Umsetzung der angekündigten Maßnahmen der EZB eine Normalisierung der Geldpolitik schrittweise eintreten und in den Folgejahren eine Abschwächung der Konjunktur nach sich ziehen.

Nach der dynamischen Entwicklung im dritten Quartal 2017 schien das Erreichen eines neuen Rekordtransaktionsvolumens von über 60,00 Mrd. € auf dem deutschen gewerblichen Investmentmarkt möglich. Der Mangel an geeigneten Immobilien bremste diesen Markt im vierten Quartal. Das bisherige Rekordvolumen aus 2015 in Höhe von 55,10 Mrd. € (zweitbestes Ergebnis nach 2007) wurde in 2017, trotz einer verschärften Produktknappheit, mit einem Transaktionsvolumen von knapp 57,00 Mrd. € (+3,50%) übertroffen. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage (insbesondere seitens ausländischer Investoren) sowie der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die immobilienkonjunkturellen Aussichten auch für dieses Jahr weiterhin positiv. Es zeichnet sich allerdings ab, sollten die Rahmenbedingungen ungünstiger verlaufen, dass bereits in diesem oder im kommenden Jahr eine leichte Abschwächung einsetzen könnte. Daher dürfte das Transaktionsvolumen in 2017 sein vorläufiges Hoch erreicht haben. Aufgrund des robusten Umfelds wird für 2018 ein Volumen von mehr als 50,00 Mrd. € vorausgesagt. Das Angebot an Core Immobilien (stabile und hochwertige Ertragsimmobilien in 1a Märkten) ist weiterhin knapp, weshalb sich das Interesse noch stärker auf regionale Märkte und andere Objektqualitäten richten dürfte. Die unverändert hohe Nachfrage sollte auch in 2018 die hohen Immobilienpreise stützen. Allerdings sind die Anfangsrenditen bei Immobilieninvestments bereits so niedrig, dass eine weitere Renditekompression schwer vorstellbar ist.

Stärkste Assetklasse blieb die Büroimmobilie mit einem Anteil von rund 40,00%, gefolgt vom Einzelhandel mit 24,00% und von Logistikobjekten mit rund 16,00%, deren Anteil sich fast verdoppelte. Ein besonders deutliches Wachstum von den Top 7-Standorten verzeichnete Berlin (+50,00%). Ebenso profitierte Frankfurt, anderthalb Jahre vor dem offiziellen Termin für den EU-Austritt Großbritanniens, von der regen Nachfrage insbesondere ausländischer Großbanken.

Bei Wohnimmobilien setzt sich der Boom im Inland mit einem Transaktionsvolumen in 2017 von rund 15,70 Mrd. € (+ 12,90% im Vergleich zum Vorjahr) ungebremst fort, sodass auch für das kommende Jahr ein Volumen von mehr als 15,00 Mrd. € erzielt werden dürfte. Insbesondere in den Metropolen dürfte der Mangel an handelbaren Bestandsimmobilien zu einem weiteren Anstieg von Projektentwicklungen führen.

Die Finanzierungsbedingungen sollten aufgrund der dargestellten Rahmenbedingungen auch für das Jahr 2018 vorerst noch stabil bleiben. Aufgrund des starken Wettbewerbsdrucks unter den finanzierenden Instituten sind die Margen im Inland angabegemäß etwas zurückgegangen. Die durchschnittlichen Beleihungsausläufe über alle Assetklassen sind Marktanalysen zu Folge in 2017 weitgehend stabil geblieben. Die Kreditgeber setzen weiter auf die Finanzierung von Bestandsobjekten. Allerdings verdichten sich die Hinweise auf eine leichte Verschiebung hin zu Projektentwicklungen vor allem vorvermieteter Projekte, da einige Investoren Schwierigkeiten haben, geeignete Bestandsobjekte zu finden. Die deutlichsten Zugewinne werden im ersten Halbjahr 2018 aufgrund des robusten Umfelds bei den Assetklassen Logistik, Wohn- und Büroimmobilien erwartet. Eine rückläufige Entwicklung wird hingegen bei der Finanzierung von Einzelhandelsimmobilien prognostiziert.

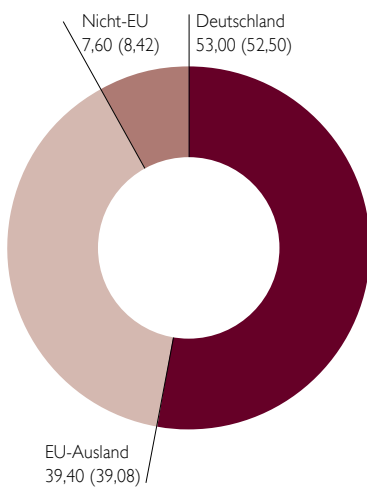
Die niederländische Wirtschaft befindet sich, auch durch die Pro-Europa ausgerichtete Regierung, weiterhin auf einem soliden Wachstumskurs. Somit wird, trotz möglicher geopolitischer Unwägbarkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Brexitfraktionen, mit einer Fortsetzung des Wirtschaftswachstums im kommenden Jahr gerechnet. Das BIP ist in 2017 um 3,30% gestiegen. Prognosen für 2018 liegen bei rund 3,10%. Zudem wird mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote von 4,90% in 2017 auf rund 3,90% in 2018 gerechnet.

Bezogen auf den niederländischen Immobilienmarkt blieb das Ballungsgebiet Randstad, dort insbesondere Amsterdam, weiterhin der attraktivste Investmentstandort. Die Spitzenmieten für Büros im Gebiet Randstad sind leicht gestiegen und der Flächenleerstand sank durchgängig. Die Spitzenrenditen auf dem Investmentmarkt Amsterdam haben weiter nachgegeben und durchbrechen aktuell die 4-Prozent-Marke. Hieran lassen sich bereits erste Anzeichen für ein Erhitzen der Preise erkennen.

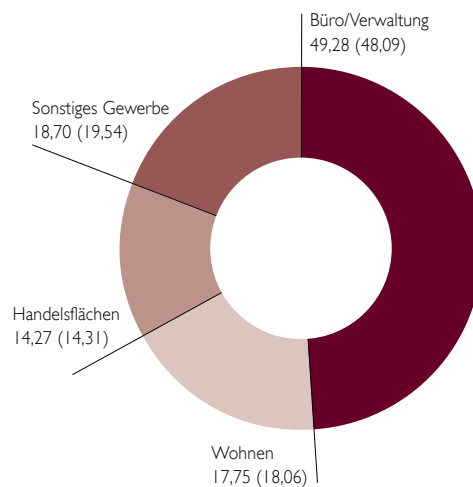
Analog zu Deutschland besteht eine zunehmende Knappheit an Core Immobilien. Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG geht davon aus, dass sich der Investmentfokus wieder stärker auf sogenannte Core Plus (Core Immobilie mit Ertragspotenzial) oder Value Added Objekte (Immobilien mit Entwicklungs- und Wertsteigerungspotenzial in unterbewerteten Makro- und Mikromärkten) richten wird. Auch werden die Objektarten Hotel, Light Industrial, Studentenwohnungen und Pflegeheime stärker nachgefragt. Durch das limitierte Angebot anderer Immobilien wird nach wie vor auf Sanierung sowie Umnutzung nicht mehr marktgängiger Objekte gesetzt.

Aufgrund der Wohnungsknappheit besteht weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien in den Niederlanden. In diesem Produktsegment war das Transaktionsvolumen in 2017, bedingt durch das unzureichende Angebot, gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Mit Blick auf das anhaltend niedrige Zinsniveau, die steigenden Haushaltseinkünfte sowie das knappe Angebot stiegen die Hauspreise um 5,00% bis 7,00% (Vorjahre: 3,50% bis 5,00%). Die Finanzierungsbedingungen entwickelten sich tendenziell positiv.

Immobilienkredite nach Lage in %



Immobilienkredite nach Nutzung in %



31.12.2017 (Vorjahr)

Geschäftsentwicklung

Immobilienkreditportfolio

Die Geschäftstätigkeit der Bank war 2017 auf die Fortführung des Bestandsgeschäfts ausgerichtet.

Aus den Märkten Großbritannien und Spanien hat sich die Bank vollständig zurückgezogen. Die Darlehen wurden entweder fällig oder vorzeitig abgelöst.

Das gesamte Immobilienkreditportfolio wies zum 31. Dezember 2017 einen Bestand von 0,62 Mrd. € auf und lag um 0,41 Mrd. € (bzw. 39,81 %) unter dem Wert vom 31. Dezember 2016 (1,03 Mrd. €). Der Rückgang erfolgte durch planmäßige Tilgungen und vorzeitige Rückzahlungen. In geringem Maße wirkten sich Wechselkursänderungen aus.

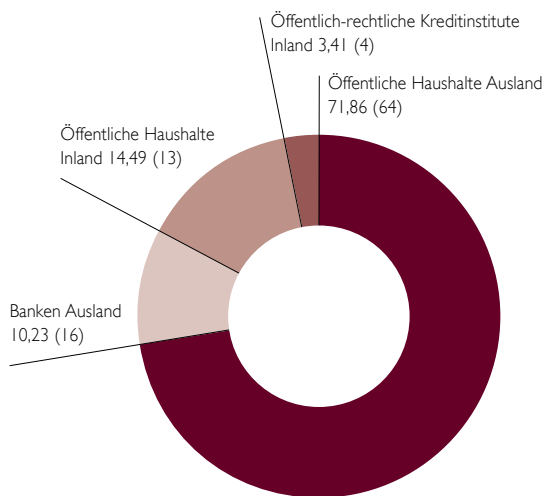
Der Anteil der Finanzierungen in Deutschland nahm geringfügig auf 53,00% (Vorjahr: 52,50%) zu. Zum 31. Dezember 2017 machten Kredite im europäischen Ausland (zum Berichtsstichtag nur noch Niederlande) 39,40% (39,08%) des Immobilienkreditportfolios aus. Auf das restliche Ausland (USA) entfielen 7,60% (8,42%). [G1]

Die Zusammensetzung des nach Objektnutzung gegliederten Kreditbestands verschob sich minimal zugunsten des gewerblichen Anteils. Der Anteil der Wohnimmobilien sank auf 17,75% (18,06%), der Anteil gewerblicher Immobilien stieg entsprechend auf 82,25% (81,94%). [G2]

Im Gesamtbestand aller finanzierten Immobilien entfallen 49,28% (48,09%) auf Büroobjekte, 18,70% (19,54%) auf sonstige Gewerbeobjekte und 14,27% (14,31%) auf Handelsobjekte.

Die durchschnittliche Betragsgröße der Finanzierungen beläuft sich auf 15,39 Mio. € je Kreditnehmer (18,13 Mio. €). Die deutliche Reduzierung der Betragsgröße ist durch die Rückführung mehrerer groß volumiger Arrangements induziert.

Staatskredit- und Wertpapiergeschäft nach Kreditnehmergruppen (ordentliche und Ersatzdeckung) in %



Private Kreditinstitute Inland 0,00 (2)

31.12.2017 (Vorjahr)

Kapitalmarktportfolio

In diesem Segment stand 2017 die Fortsetzung des Risikoabbaus im Vordergrund. Das Portfolio hat sich durch Verkäufe, Tilgungen und Fälligkeiten von 4,47 Mrd. € um insgesamt 47,68 % bzw. 2,13 Mrd. € auf 2,34 Mrd. € reduziert. Neugeschäft im Kapitalmarktbereich wurde in 2017 nicht getätigt.

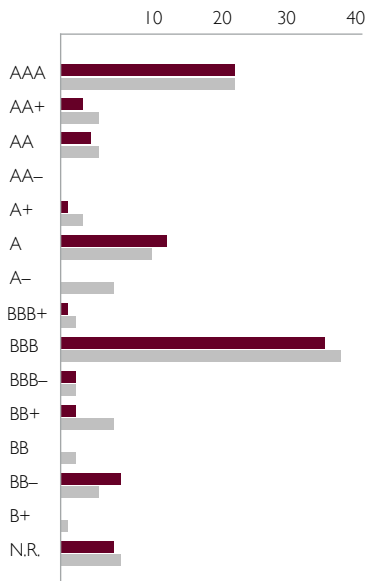
Aufgrund der gestiegenen politischen Risiken wurde das Portfolio italienischer Wertpapiere von 705,27 Mio. € fast vollständig auf nur noch 6,62 Mio. € zurückgeführt. Veräußert wurden Anleihen im Nominalvolumen von 523,91 Mio. €. Hiervon entfielen 367,05 Mio. € auf Staatsanleihen und 156,86 Mio. € auf Anleihen von Regionen und Kommunen. Weitere 174,74 Mio. € italienischer Anleihen wurden fällig. Auch das Exposure in Portugal konnte um 250,00 Mio. € reduziert werden, neben Verkäufen von Staatsanleihen über 230,00 Mio. € wurden weitere 20,00 Mio. € fällig. Insgesamt wurden in 2017 Anleihen in Höhe von 0,91 Mrd. € veräußert. Die Fälligkeiten summieren sich auf 1,22 Mrd. €.

Im Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ der Düsseldorfer Hypothekenbank AG sind die Teilportfolios „Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“ zusammengefasst. Die drei Teilportfolios setzen sich wie folgt zusammen:

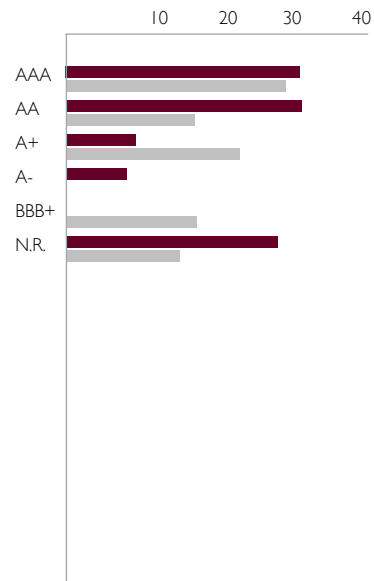
Auf das Teilportfolio „Staatskreditgeschäft“, dessen Bestand sich auf 1.745,24 Mio. € (Vorjahr: 3.350,80 Mio. €) verminderte, entfielen 74,49 % (74,83 %). Es umfasst insbesondere alle Forderungen, die sich gemäß deutschem Pfandbriefgesetz (PfandBG) als ordentliche Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe qualifizieren. Schuldner hierbei waren zum Berichtsstichtag Öffentliche Haushalte (Staaten, Regionalregierungen, Gebietskörperschaften) aus Deutschland mit 18,69 % (11,78 %), den Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums mit 78,45 % (85,98 %) sowie der Schweiz mit 2,86 % (2,24 %). [G3]

92,83 % dieser Forderungen verfügten über ein Investment Grade Rating von „BBB–“ oder besser, 7,17 % hatten keine externe Bonitätseinstufung. [G4]

Staatskreditgeschäft nach Bonität (ordentliche Deckung) in %



Ersatzdeckungsgeschäft nach Bonität in %



■ 31.12.2017 ■ Vorjahr

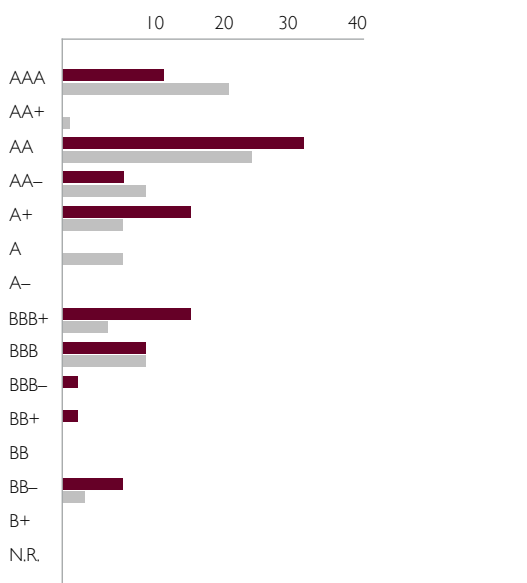
Das bei 160,00 Mio. € liegende Teilportfolio „Ersatzdeckungsgeschäft“ (Vorjahr: 352,50 Mio. €), das alle Wertpapierforderungen gegen Kreditinstitute (Bankanleihen) enthält, die nach den vom PfandBG vorgegebenen Regeln als weitere Deckungswerte geeignet sind, repräsentierte 6,83% (7,87%) des Kapitalmarktgeschäfts. 31,25% dieses Teilportfolios entfielen auf Pfandbriefe und andere gedeckte Schuldverschreibungen aus europäischen Ländern.

Der Anteil von Forderungen dieses Teilportfolios mit einem Investment Grade Rating erreichte 71,88%, während 28,12% über keine externe Bonitätseinstufung verfügten. [G5]

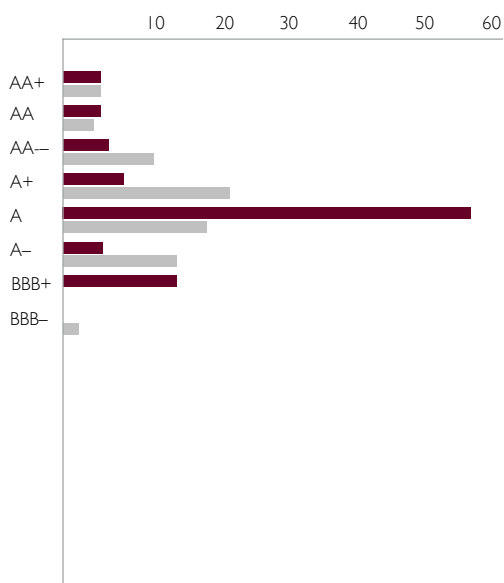
Im Teilportfolio „Außerdeckungsgeschäft“ befinden sich alle Wertpapierforderungen, die weder als ordentliche Deckung noch als Ersatzdeckung verwendet werden können. Das Portfolio verringerte sich auf 437,78 Mio. € (774,89 Mio. €) und machte damit 18,68% (17,30%) des Bestands aus. Das Außerdeckungsgeschäft verteilte sich auf 19,42% (21,62%) Bankschuldverschreibungen, 55,96% (35,49%) strukturierte Cédulas, 14,28% (30,26%) Pfandbriefe ausländischer Emittenten und mit 10,34% (5,84%) auf Staatskredite (inklusive Regionen und Kommunen).

Der Anteil von Forderungen mit einem Investment Grade Rating in diesem Teilportfolio betrug per 31. Dezember 2017 99,93%. [G6]

Außerdeckungsgeschäft nach Bonität in %



Finanzderivate – Derivatepartner nach Bonitäten in %



■ 31.12.2017 ■ Vorjahr

Derivatebestand

Die Bank hat ihre Leitlinien zum Einsatz von Derivaten in der Geschäftsstrategie verankert. Zur Absicherung des spezifischen Zinsänderungsrisikos und/oder des spezifischen Fremdwährungs-(FX-) Risikos, das mit dem Abschluss einzelner Aktivpositionen verbunden ist, wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps und Cross Currency Swaps eingesetzt. Grundsätzlich werden im Rahmen des Aktiv-/Passivmanagements einfache Zinsswaps zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos der Bank eingesetzt. Für die Absicherung einzelner FX-Positionen werden entsprechende Cross Currency Swaps abgeschlossen.

Handelsrechtliche Bewertungseinheiten werden nicht gebildet.

Zum Berichtsstichtag hielt die Bank einen Bestand an derivativen Finanzinstrumenten im Nominalvolumen von 4.297,94 Mio. € (Vorjahr: 9.063,83 Mio. €), der sich auf Zinsswaps über nominal 4.250,57 Mio. € und Cross Currency Swaps über nominal 47,37 Mio. € verteilte.

Das im Berichtsjahr deutlich reduzierte Zinsswapvolumen resultierte aus der aktiven Bestandsreduzierung im Sinne der strategischen Ausrichtung der Bank sowie planmäßigen Fälligkeiten. [G7]

Refinanzierungsstruktur

| in % | 2017 | 2016 |
|-----------------------------------|------|------|
| Öffentliche Pfandbriefe | 31 | 29 |
| Pfandbriefe | 5 | 7 |
| Wertpapierbeleihung EZB (Tender) | 0 | 0 |
| Wertpapierbeleihung Banken (Repo) | 6 | 15 |
| sonstige Bankenverbindlichkeiten | 2 | 2 |
| Kundeneinlagen | 56 | 47 |
| Inhaberschuldverschreibungen | 0 | 0 |

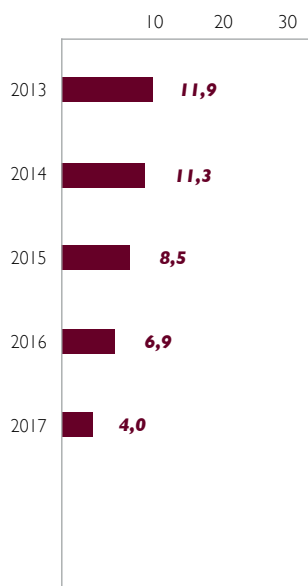
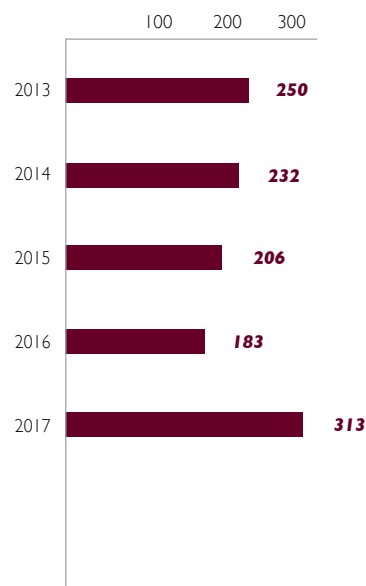
Refinanzierung und Liquidität

Wegen des strategischen Rückbaus im Kapitalmarktgeschäft hat sich der Refinanzierungsbedarf der Bank weiter deutlich reduziert. Der Verkauf von Aktiva führte dazu, dass 2017, wie in den Vorjahren, keine Öffentlichen Pfandbriefe mehr emittiert werden mussten. Zur Refinanzierung des Bestandgeschäfts in den verbleibenden Immobilienkernmärkten war aufgrund erfolgter Tilgungen im Berichtsjahr ebenfalls keine Platzierung von Hypothekendarlehen (Vorjahr: 0,00 Mio. €) erforderlich. Die Strategie, den systematischen Rückbau des Kapitalmarktportfolios in den nächsten Jahren fortzusetzen, wird dazu führen, dass auch in den kommenden Jahren planmäßig keine Neuemissionen von Pfandbriefen notwendig werden.

Aufgrund dieser Annahmen wurde das von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) in Luxemburg ursprünglich genehmigte Emissionsprogramm ruhend gestellt. Es kann für den Fall des Wiederauflebens der Emissionstätigkeit erneut angewendet werden.

Der Bestand der für die langfristige Refinanzierung erforderlichen Pfandbriefe ist per 31. Dezember 2017 weiter zurückgegangen. Zu diesem Stichtag befanden sich Öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 1,14 Mrd. € (Vorjahr: 1,87 Mrd. €) und Hypothekendarlehen in Höhe von 0,17 Mrd. € (0,46 Mrd. €) im Umlauf.

Der Verkauf von Teilen des Wertpapierportfolios führte dazu, dass sich die Liquiditätssituation der Bank weiter verbessert hat. Infolgedessen ging die Ausnutzung der vom ESF geschützten Kundeneinlagen zum 31. Dezember 2017 auf 1,94 Mrd. € (Vorjahr: 2,98 Mrd. €) zurück und das Eurex Repo Trading konnte mit einem Volumen von 0,20 Mrd. € (0,93 Mrd. €) ebenfalls erheblich reduziert werden. [G8]

Bilanzsumme in Mrd. €**Kernkapital in Mio. €**

■ 31.12.2017

Bilanzsumme und Eigenmittel

Planmäßige Fälligkeiten sowie der aktiv betriebene Rückbau der Kapitalmarktbestände führten zu einer deutlichen Reduzierung der Bilanzsumme um 2,88 Mrd. €. Somit beträgt die Bilanzsumme der Bank zum 31. Dezember 2017 3,99 Mrd. € (Vorjahr: 6,87 Mrd. €). [G9]

Im Einklang damit verringerte sich die Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ im Berichtsjahr um 1,90 Mrd. € abermals deutlich. Zudem hat sich der Bestand „Forderungen an Kreditinstitute“ um 944,61 Mio. € reduziert. Der Bestand „Forderungen an Kunden“ sank im Wesentlichen aufgrund planmäßiger und außerplanmäßiger Rückzahlungen im Immobiliengeschäft um 433,28 Mio. €. Gegenläufig entwickelte sich die Bilanzposition „Barreserve“, die sich aufgrund von Fälligkeiten und Verkäufen der Kapitalmarktbestände um 403,22 Mio. € erhöht hat. Bei den Passiva verminderten sich fälligkeitsbedingt und aufgrund von Pfandbriefrücknahmen insbesondere die „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ um 1,87 Mrd. € und die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ um 864,16 Mio. €. Ferner hat sich die Bilanzposition „Verbriefte Verbindlichkeiten“, in erster Linie aufgrund von Fälligkeiten, um 125,08 Mio. € verringert. Zudem haben sich die „Rückstellungen“ um 138,72 Mio. € reduziert. Hierfür ist vor allem die vollständige Auflösung der Drohverlustrückstellung aus der „verlustfreien Bewertung“ von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 verantwortlich, da zum 31. Dezember 2017 im Gegensatz zum Vorjahr kein Verpflichtungsüberschuss mehr bestand.

Die Bank wies im Jahr 2017 komfortable Eigenmittelquoten auf, wozu auch die im März erfolgte Kapitalerhöhung in Höhe von 200,00 Mio. € beigetragen hat. Die Risikoaktiva konnten im Wesentlichen durch Fälligkeiten von Bankanleihen, Abbau von Derivaten und Rückzahlungen im Immobilienbereich deutlich um 651,57 Mio. € bzw. 46,67% auf 744,49 Mio. € vermindert werden. Die Eigenmittel nach der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Capital Requirements Regulation (CRR)) beliefen sich per 31. Dezember 2017 nach Berücksichtigung des Jahresverlusts 2017 auf 317,75 Mio. € (Vorjahr: 183,43 Mio. €) und entfielen ausschließlich auf das harte Kernkapital. Die (harte) Kernkapitalquote betrug wie die Gesamtkapitalquote 42,68% (Vorjahr: 13,14%). [G10]

Ertragslage

Zins- und Provisionsergebnis

Das Zinsergebnis der Bank ist in 2017 weiterhin von ertragsbelastenden Maßnahmen der Vorjahre gekennzeichnet. Durch den aktiven Rückbau und das Auslaufen belastender Bestände ist jedoch eine Verbesserung des laufenden Zinsergebnisses zu erkennen.

Das Zinsergebnis betrug –408,44 Mio. € (Vorjahr: 12,33 Mio. €) und verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 420,77 Mio. €. Bereinigt um Einmaleffekte (Swap-Closings, Vorfälligkeitsentschädigungen, Dividenden etc.) von saldiert –398,50 Mio. € (Vorjahr: 29,75 Mio. €), konnte das laufende Zinsergebnis um 7,49 Mio. € auf –9,93 Mio. € verbessert werden.

Das Provisionsergebnis betrug insgesamt –343,85 T€ (Vorjahr: –507,49 T€) und ist im Wesentlichen dem Kapitalmarktgeschäft zuzuordnen.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Der Personalaufwand belief sich auf 7,09 Mio. € (Vorjahr: 7,61 Mio. €). Der Rückgang um 526,92 T€ gegenüber dem Vorjahreswert resultiert aus der niedrigeren durchschnittlichen Mitarbeiterkapazität. Die Reduzierung des Sachaufwands (einschließlich der Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) auf 15,55 Mio. € (Vorjahr: 18,37 Mio. €) erklärt sich im Wesentlichen aus den deutlich gesunkenen Gebühren und Pflichtbeiträgen (u.a. Bankenabgabe, ESF, Entschädigungseinrichtung deutscher Banken, BaFin) von rund 1,79 Mio. € sowie aus dem Minderbedarf an Dienstleistungs- und Akquisitionsaufwendungen im Rahmen des Immobiliengeschäfts von 316,30 T€ und an Beratungsleistungen (u.a. Rechtsberatung) von 533,50 T€. Zudem haben sich die fremden Bankspesen und Gebühren um 172,44 T€ reduziert. Wie bereits im Vorjahr hatte die Bankenabgabe den größten Anteil am Sachaufwand.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf –458,75 T€ (Vorjahr: 943,99 T€) und enthält neben der Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen positive Effekte aus der Fremdwährungsbewertung. Zudem enthält es eine Rückstellungszuführung für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit in Vorjahren im Bereich der Immobilienfinanzierung vereinnahmten Bearbeitungsentgelten in Höhe von 815,00 T€.

Bewertungsergebnis

Das Bewertungsergebnis des Geschäftsjahrs wurde vor allem durch den aktiven Risikoabbau und die sich aus der Neuberechnung der verlustfreien Bewertung ergebende vollständige Auflösung der Drohverlustrückstellung beeinflusst. Es umfasst sowohl die Risikovorsorge für alle erkennbaren und latenten Risiken aus dem Immobilienkreditgeschäft sowie sämtliche Erträge und Aufwendungen aus der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB. Das Bewertungsergebnis schließt mit einem Ertrag in Höhe von 210,94 Mio. € (Vorjahr: –214,89 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis des Immobilienkreditgeschäfts fällt mit 6,34 Mio. € (Vorjahr: 0,37 Mio. €) positiv aus und enthält im Wesentlichen eine Teilauflösung der gebildeten Pauschalwertberichtigung.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kapitalmarktgeschäft beläuft sich auf 204,60 Mio. € (Vorjahr: –215,26 Mio. €) und wird positiv beeinflusst durch Gewinne aus Wertpapier- und Schuldscheindarlehenverkäufen von saldiert 187,61 Mio. € sowie die vollständige Auflösung der in Vorjahren gebildeten Drohverlustrückstellung – resultierend aus der Neuberechnung der verlustfreien Bewertung zum 31. Dezember 2017 – in Höhe von 139,33 Mio. €. Demgegenüber stehen Verluste aus der vorfälligen Rücknahme von Pfandbriefen in Höhe von 122,34 Mio. €.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis zeigt vertraglich vereinbarte Verlustausgleiche vom ESF in Höhe von 155,35 Mio. € (Vorjahr: 134,12 Mio. €). Davon entfallen 136,63 Mio. € auf realisierte Verkaufsverluste und 18,72 Mio. € auf die teilweise Übernahme von Verwaltungsaufwendungen.

Ergebnisrechnung

| in Mio. € | 2017 | 2016 |
|----------------------------------|---------------|---------------|
| Zinsergebnis | -408,4 | 12,3 |
| Provisionsergebnis | -0,3 | -0,5 |
| Zins- und Provisionsüberschuss | -408,7 | 11,8 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis | -0,5 | 0,9 |
| Verwaltungsaufwand | -22,7 | -25,9 |
| Rohergebnis | -431,9 | -13,2 |
| Bewertungsergebnis | 210,9 | -214,9 |
| Operatives Ergebnis | -221,0 | -228,1 |
| Außerordentliches Ergebnis | 155,4 | 134,1 |
| Ergebnis vor Steuern | -65,6 | -94,0 |
| Steuern | 0,0 | 0,0 |
| Jahresfehlbetrag | -65,6 | -94,0 |
| Verlustvortrag aus dem Vorjahr | -718,6 | -624,6 |
| Bilanzverlust | -784,2 | -718,6 |

Jahresergebnis

Die Bank weist für das Berichtsjahr im Wesentlichen aufgrund des aktiven Rückbaus der Kapitalmarktbestände ein Jahresergebnis in Höhe von -65,58 Mio. € (Vorjahr: -93,96 Mio. €) aus. [GII]

Damit liegt die Bank im Bereich des – in der Größenordnung eines zweistelligen Millionenbetrags – prognostizierten Verlusts.

Bericht zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) hat der Vorstand für den berichtspflichtigen Zeitraum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft wurde. Der Bericht schließt mit folgender Erklärung des Vorstands: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Interesse oder auf Veranlassung von verbundenen Unternehmen wurden keine Maßnahmen getroffen bzw. unterlassen, die unsere Gesellschaft benachteiligt haben.“

Personalbericht

Im Jahr 2017 waren durchschnittlich 60,49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Düsseldorfer Hypothekenbank AG tätig. Gegenüber dem Vorjahr (65,15) war ein strategiekonformer Personalrückgang vornehmlich im Bereich der Immobilienfinanzierung zu verzeichnen. Gleichzeitig konnten durch Neueinstellungen bzw. Versetzungen vakante Stellen besetzt werden.

Unabhängig davon setzt die Bank in der Personalentwicklung unverändert auf individuell zugeschnittene, praxisorientierte interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen, um das notwendige Fachwissen zu gewährleisten und Personal zu binden. Grundlage für die mitarbeiterbezogene Bedarfsanalyse sind regelmäßige Beurteilungsgespräche mit den Führungskräften. Auch im Jahr 2017 bildeten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den Besuch von zahlreichen Seminaren und Fachschulungen weiter. Zusätzlich unterstützte die Bank die berufsbegleitende Weiterbildung durch Förderungsprogramme und bot Fremdsprachentrainings über Inhouse Schulungen an.

Um die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit deren beruflicher und familiärer Situation bestmöglich in Einklang zu bringen, bietet die Bank neben der Gleit- und Teilzeitarbeit auch begrenzt die Möglichkeit des mobilen Arbeitens an.

Risikobericht

Die risikopolitischen Leitlinien und Strukturen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt und im Risikohandbuch detailliert ausgearbeitet. Beide Dokumente wurden in 2017 umfassend überarbeitet und entsprechend den Unternehmenszielen angepasst. Sie stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über das bankinterne Intranet zur Verfügung. Diese Dokumentation bildet die Grundlage für die einheitliche Bearbeitung und interne Kommunikation aller wesentlichen Risikoarten und unterstützt die zielgerichtete Risikosteuerung der Bank. Die Vorgaben der Geschäfts- und Risikostrategie werden dabei adäquat überwacht.

Ziele des Risikomanagements/Limitsystems

Grundlage für das Management der Risiken bildet die von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedete Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Ziel des Risikomanagements ist die grundsätzlich langfristige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Der Begriff der Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit, übernommene Risiken auch tatsächlich tragen zu können. Hieraus ergibt sich für die Bank – neben der Messung der unterschiedlichen Risiken – die Notwendigkeit, das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial zu ermitteln und dieses bedarfsgerecht auf die einzelnen Risikoarten zu verteilen (Limitsystem). Ist das Risikodeckungspotenzial (Risikokapital) stets größer als die quantifizierten kumulierten Risiken (Risikokapitalbedarf), ist die Risikotragfähigkeit der Bank über den Risikobetrachtungshorizont gegeben.

Die deutsche Bankenaufsicht hat in Abhängigkeit von den Absicherungszielen derzeit sowohl den Going Concern Ansatz als auch den Liquidationsansatz als relevante Steuerungskreise definiert. Die Bank hat sich für die Implementierung beider übergeordneter Steuerungskreise entschieden. Das Risikodeckungspotenzial wird im Going Concern Ansatz einerseits monatlich nach bilanzorientierten Werten und andererseits täglich nach barwertorientierten Zahlen ermittelt. In Ergänzung zu den beiden Going Concern Ansätzen führt die Bank komplementär einen Steuerungskreis unter der Annahme einer geordneten Liquidation der Bank innerhalb von einem Jahr, mit Ermittlung der Risikotragfähigkeit auf barwertorientierter Basis durch. Durch die Modellierung und Kommunikation dieser unterschiedlichen Steuerungskreise sowie die detaillierte Darstellung von Informationen und Daten im Zeitablauf wird die Risikosituation der Bank transparent. Eine Gesamtwürdigung durch die Entscheidungsträger wird somit möglich.

Die Bank hat ein umfangreiches Instrumentarium zur Unterstützung des Risikomanagementprozesses entwickelt. Dieses wurde vor dem Hintergrund der stetig steigenden aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Anforderungen auch im Jahr 2017 weiterentwickelt. So hat die Bank neben der Optimierung des regelmäßigen Berichtswesens u.a. die interne Bewertung von Schuldscheindarlehen um eine Illiquiditätskomponente erweitert, die Stresstests für das Zinsänderungsrisiko auf die aktuellen Marktgegebenheiten adjustiert, die Barwertkalkulation für festverzinsliche Immobilienfinanzierungsgeschäfte mit gesetzlichen und vertraglichen Kündigungsrechten verbessert sowie die quantitative Risikoinventur umfassend ausgebaut. Darüber hinaus wurde u.a. ein Projekt zur Berücksichtigung des Refinanzierungsrisikos im Risikotragfähigkeitskonzept der Bank sowie ein Projekt zur Umsetzung der neuen Anforderungen der MaRisk-Novelle 2017 unter Beachtung der Umsetzungsfristen der Aufsicht gestartet. Den Zielen der Geschäftsstrategie für 2017 folgend wurden die Risikostrategie und damit auch die Limitarchitektur überprüft und angepasst.

Die Bank verfolgt weiterhin eine Rückbaustrategie im Going Concern Ansatz. Der Fokus liegt dabei wie im vergangenen Jahr auf dem aktiven Rückbau von Risikopositionen im Kapitalmarktportfolio. Im bilanzorientierten Risikotragfähigkeitskonzept, das als strategische, langfristige und limitorientierte Risikotragfähigkeitsberechnung als Hauptsteuerungskreis führend ist, konnten die Belastungen aus diesem Risikoabbau aufgrund der Stützungsmaßnahmen des Eigentümers der Bank kompensiert werden. Die Auslastung des Risikolimits reduzierte sich deutlich und lag jederzeit im moderaten und gemäß Geschäfts- und Risikostrategie zu tolerierenden Bereich.

In den barwertigen Steuerungskreisen, die u.a. für die tägliche und detaillierte Steuerung der Marktrisiken und deren Limitierung eingesetzt werden, sind die positiven Effekte der Stützungsmaßnahmen in 2017 deutlich erkennbar. So konnten die barwertigen Risikodeckungsmassen u.a. aufgrund einer Eigenkapitalzuführung in Höhe von 200,00 Mio. € sowie der Verlustausgleichszahlungen des ESF weiter gestärkt werden.

Die kumulierten drohenden Risiken reduzierten sich im Jahresvergleich deutlich. Hier wirkte im Wesentlichen der Abbau von Wertpapieren italienischer und portugiesischer Emittenten im Rahmen des aktiven Kapitalmarktabbaus entlastend. Die dargestellten Maßnahmen führten im Jahresverlauf zu einer positiven Entwicklung, mit sich reduzierenden Limitauslastungen, sodass im barwertigen Going Concern Ansatz die Limitauslastungen von einem moderaten in den niedrigen Toleranzbereich zurückgeführt werden konnten. Im barwertigen Liquidationsansatz ist mit Beginn 2018 die Limitierung der Einzelrisikoarten vorgesehen.

Das Aufsichtsgremium sowie die Aufsichtsbehörden wurden jeweils zeitnah und umfassend über die Entwicklungen informiert.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für das Management der Risiken liegt beim Gesamtvorstand. Er ist auch das oberste Entscheidungsgremium in Risikofragen. Unterstützt wurde er im Berichtsjahr durch den monatlich tagenden Aktiv-Passiv-Ausschuss sowie das Kapitalmarktkomitee. Darüber hinaus tagte vierteljährlich das Risikokomitee – als zentrales Gremium zur umfassenden Erörterung der Risikolage der Bank. Hier werden die strategische Risikoausrichtung analysiert, neue Risiken identifiziert, die Wesentlichkeit überprüft und gegebenenfalls Maßnahmen zur Steuerung vorgeschlagen. Zur Steuerung des Non-Financial-Risks hat die Düsseldorfer Hypothekenbank AG zusätzliche Gremien wie das Projekt- und Compliancekomitee und ein zentral gesteuertes Rechtsmonitoring aufgebaut.

Der Aufsichtsrat informierte sich in den Aufsichtsratssitzungen regelmäßig anhand des umfassenden Quartalsrisikoberichts über die aktuelle Risikosituation. Das Berichtswesen wird dem Aufsichtsrat unabhängig von den Gremiensitzungen vierteljährlich in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Risikomanagements kommt der aufbauorganisatorischen Ausgestaltung der Prozesse eine große Bedeutung zu. Die Bank hat Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter klar definiert. Die Bank hat in 2017 ihre aufbauorganisatorischen Strukturen an die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Anforderungen an das Management der sogenannten „Non-Financial-Risks“ angepasst und die Themengebiete Compliance und Auslagerungscontrolling in einer neu geschaffenen Organisationseinheit zusammengefasst.

Bei der Ausgestaltung der Aufbauorganisation wurde sichergestellt, dass aufsichtsrechtlich miteinander unvereinbare Tätigkeiten im Wege klarer Funktionstrennung durch unterschiedliche Organisationseinheiten wahrgenommen werden.

Vor Abschluss von Geschäften in neuen Produkten und/oder auf neuen Märkten ist ein Neu-Produkt-Prozess zu durchlaufen. Ein neues Produkt bzw. ein neuer Markt liegt vor, wenn es/er mit den vorhandenen Risikomessmethoden und den bestehenden Limitsystemen nicht adäquat abgebildet und gesteuert werden kann oder die Bank hierfür keine Erfahrung (mehr) besitzt.

Risikokategorien und Risikoarten

Als wesentliche Risikokategorien wurden im Rahmen des Risikoinventurprozesses folgende Risiken identifiziert:

- das Kreditrisiko
- das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch)
- das Liquiditätsrisiko,
- das Operationelle Risiko
- das Deckungsstockrisiko¹
- das Regulatorische Risiko² sowie
- das Support Risk³.

Für das Liquiditätsrisiko, interpretiert als Zahlungsunfähigkeitsrisiko, ist das Risikodeckungspotenzial kein geeignetes Maß zur Beurteilung der Zahlungsfähigkeit einer Bank. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird täglich im Detail durch spezielle Steuerungsinstrumente überwacht und ausgesteuert.

¹Risiko, dass die notwendigen komplexen Risikoprozesse zur Erfüllung der rechtlichen und staatlichen Anforderungen an eine Pfandbriefbank nicht

²Risiko, dass Änderungen in den regulatorischen Vorgaben oder ihren Interpretationen das geplante Geschäft einschränken, es zu höheren Kapital- oder Liquiditätsanforderungen oder zu erhöhten Verwaltungsaufwendungen kommt oder die Parameter, die für aufsichtsrechtlich relevante Quantifizierungen verwendet werden, in Prüfungen nicht (mehr) anerkannt werden.

³Risiko, dass die geplanten Unterstützungsmaßnahmen des ESF nicht kommen bzw. langfristig nicht wie geplant wirken.

Das Deckungsstockrisiko wirkt bereits über die im quantitativen Risikotragfähigkeitskonzept (RTF-Konzept) berücksichtigten Risikoarten auf das Risikokapital der Bank. Eine zusätzliche Abdeckung dieses Risikos ist somit nicht notwendig.

Die Kapitalunterlegungsregeln werden derart ausgelegt, dass sie für die jeweiligen regulatorischen Rahmenbedingungen geeignet sind. Eine zusätzliche Kapitalunterlegung des regulatorischen Risikos (über die allgemeinen Puffer hinaus) wäre somit nicht systemkonform.

Die Bank befindet sich nach wie vor in einem aktiven Rückbauprozess mit Unterstützung des Eigentümers. Die vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen decken den Kapitalbedarf der Bank ab. Eine separate Abdeckung des Support Risks über die Puffer im RTF-Konzept hinaus ist aus Sicht der Bank nicht sinnvoll. Aus diesem Grund ist das Ertragsrisiko als unwesentliches Risiko eingestuft worden.

Darüber hinaus wurden sonstige Risiken wie das Geschäfts- und strategische Risiko, das Reputationsrisiko, das Pensionszahlungsrisiko sowie das Beteiligungsrisiko als relevante aber unwesentliche Risiken identifiziert. Die Bewertung der sonstigen Risiken erfolgt im Einklang mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) nicht über gesonderte Limitsysteme, sondern wird durch prozessuale Vorgaben sichergestellt. Die Bank hält zur Abdeckung dieser Risiken einen Kapitalpuffer im RTF-Konzept vor.

Kreditrisiko

Strategie

Als Kreditrisiko wird die Gefahr des Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungsansprüche und der damit verbundenen Wertminderung von Vermögensgegenständen definiert. Das Immobilienkredit- und das Kapitalmarktgeschäft sind stets mit dem Eingehen von Kreditrisiken verbunden. Ziel des Kreditrisikomanagements ist es, diese Kreditrisiken zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Kreditrisikostrategie als Kernelement der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank setzt einen verbindlichen Rahmen für das Management des Bestands- und des Neugeschäfts. Die Kreditrisikostrategie unterstützt gleichermaßen die Steuerung der Risikotragfähigkeit im Going Concern als auch einen risikoadjustierten, geordneten Rückbau des Kapitalmarktgeschäfts. Insbesondere werden Risikokonzentrationen in einzelnen Adressen in die Rückbauplanung einbezogen. Kern der Kreditrisikostrategie ist das mehrstufige Limitsystem zur Begrenzung von Kreditrisikokonzentrationen auf Portfolio- und Einzelkreditnehmerebene. Der vierteljährliche und bei besonderen Erfordernissen ad hoc durch die Fachabteilungen erstellte und der Geschäftsleitung vorgelegte Risikobericht führt zu einer hohen Risikotransparenz und unterstützt die Umsetzung bzw. Einhaltung der Kreditrisikostrategie.

Organisation

Eine zentrale Anforderung an die Organisation des Kreditgeschäfts ist die Trennung von vertriebs- und kundenbezogenen Funktionen (Markt) einerseits und risikoanalyse- und risikomanagementbezogenen Tätigkeiten (Marktfolge, Immobilienbewertung und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird diesem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt und Marktfolge-, Bewertungs- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Bearbeitung der Immobilienkredite erfolgt grundsätzlich auf der Marktfolgeseite. Bereits bei der Kreditanfrage – also weit vor Erstellung und Genehmigung eines Kreditantrags – wird die Marktfolge an allen risikorelevanten Prozessen beteiligt. Dies geschieht durch Objektvorbesichtigungen, ein eigenständiges, separates Krediturteil, besondere Kontrollhandlungen und eine konkrete Prozessverantwortung. So setzt jede Kreditentscheidung im Immobilienkreditgeschäft die Zustimmung der Marktfolge Immobilienfinanzierung Kreditrisiko als „zweites Votum“ voraus. Auch die Bearbeitung von Problemkrediten liegt generell im Verantwortungsbereich der Marktfolge.

Das Risikomanagement im Kapitalmarktgeschäft ist mehrstufig: Bevor der Markt Wertpapiergeschäfte tätigen kann, sind Limitanträge zu stellen. Die Marktfolge Kapitalmarktfinanzierung Kreditrisiko analysiert die Bonität, votiert und erstellt ein Kreditprotokoll. So setzt Kapitalmarktneugeschäft – welches gemäß der neuen Geschäftsstrategie auf Ausnahmefälle begrenzt ist – die Zustimmung der Marktfolge als „zweites Votum“ voraus. Anschließend genehmigt gemäß Kompetenzordnung der Vorstand (erforderlichenfalls mit Zustimmung des Aufsichtsrats) die Kreditlinie für die beantragte Adresse. Die Überwachung der Limiteinhaltung erfolgt durch die Organisationseinheit Treasury Operations & Deckungsmanagement. So ist sichergestellt, dass die votierende Fachabteilung nicht die Limiteinhaltung kontrolliert und das Kapitalmarktgeschäft der gleichen Trennung von Markt und Marktfolge wie die Immobilien-

finanzierung unterliegt. Auch die laufende Bearbeitung und Bestandsüberwachung der Geschäfte durchläuft – wie die Einrichtung der Limite – einen Kreditprozess auf der Marktfolgeseite. Je risikoreicher das Engagement durch die Marktfolge eingestuft wird, desto detaillierter und zeitnaher erfolgt die Überwachung. Über die Entwicklung des Kreditrisikos sowie die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung wird monatlich sowohl im Aktiv-Passiv-Ausschuss als auch separat im Immobilienkredit- und im Kapitalmarktkomitee sowie vierteljährlich in der Sitzung des Risikokomitees berichtet.

Die Kreditrisikomessung, die Portfoliorisikolimitüberwachung und die Berichterstattung über das Kreditrisiko auf Gesamtbankenebene werden vom Risikocontrolling wahrgenommen.

Messmethoden

Voraussetzung für eine geschäftsfeldübergreifende, risikoorientierte Portfoliosteuerung ist eine einheitliche Kreditrisikomessung für das gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Kreditportfolio, bestehend aus dem Kapitalmarkt- und Immobilienkreditgeschäft sowie dem Geldmarkt- und Derivategeschäft. Die maßgeblichen Kreditrisikokennziffern für die Risikotragfähigkeitsrechnung sind der Lifetime Expected Loss (LEL), der Credit Value at Risk (CVaR) sowie die Granularitätsanpassung (GA) des Kreditportfolios.

Die monatliche Kreditrisikomessung basiert auf den zentralen Risikoparametern Forderungshöhe (Exposure at Default, EAD), Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) und Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) je Engagement. Diese Parameter werden überwiegend mittels statistischer Verfahren ermittelt. Für das Kapitalmarktgeschäft wird auf die Ratings und Ausfallhistorien anerkannter externer Ratingagenturen zurückgegriffen. Für das gewerbliche Immobilienkreditgeschäft werden spezifische Ratingmodelle und Verlustschätzungen genutzt, die auf institutsübergreifenden Datenpools basieren.

Die so ermittelten Kreditrisiken werden den jeweils zugeordneten Risikolimiten gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

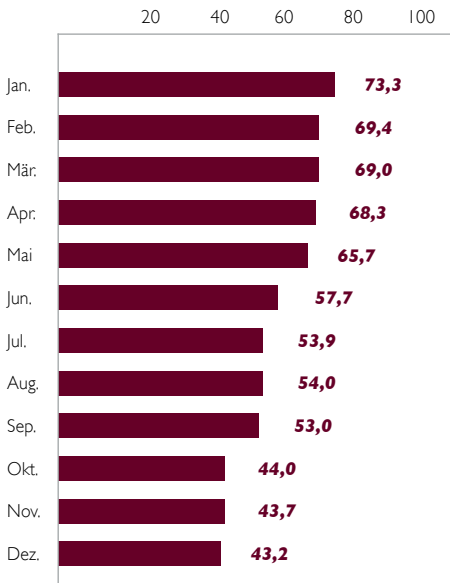
Stresstests

Die standardisierte Kreditrisikomessung wird um regelmäßig durchgeführte Stresstests ergänzt, um die Fähigkeit der Bank, Krisenszenarien standzuhalten, zu beurteilen.

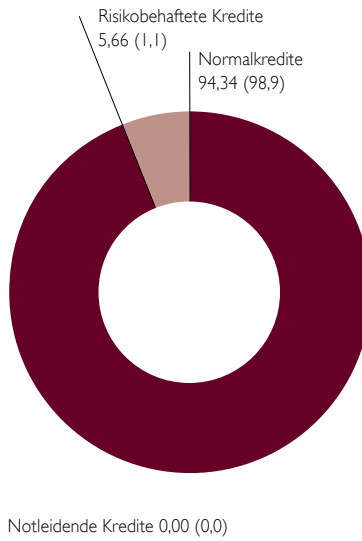
Hierfür wird der Einfluss externer Risikotreiber auf die Kreditrisikomaße simuliert. Im Kapitalmarktgeschäft wird vor allem die Sensitivität der Kreditrisikomaße gegenüber Rating-Herabstufungen gemessen. Die EU-Krise in den Jahren 2011 und 2012 stellt ein entsprechendes historisches Krisenszenario dar. Für das Portfolio der gewerblichen Immobilienkredite werden krisenhaft gesunkene Mietindizes und erhöhte Leerstände simuliert.

Im Rahmen des inversen Stresstests werden Märkte identifiziert, die aufgrund makroökonomischer und finanzpolitischer Randbedingungen einem erhöhten systemischen Risiko ausgesetzt sind. Konzentrationen in solchen Märkten können beim Ausbruch einer Krise durch Ansteckungseffekte die Risikotragfähigkeit der Bank stark beeinträchtigen.

Kreditrisiko CVaR in Mio. €



Immobilienkredite nach Risikoklassen in %



31.12.2017 (Vorjahr)

Entwicklung des Kreditrisikos

Der zum Datenstichtag 31. Dezember 2017 ermittelte CVaR inkl. Granularitätsanpassung lag mit 43,24 Mio. € deutlich unter dem CVaR inkl. Granularitätsanpassung zum Vorjahresresultimo von 73,64 Mio. €. Das Kapitalmarktportfolio wurde in dieser Zeit deutlich abgebaut sowie der Bestand an Immobilien im Vergleichsjahr stark reduziert. [G12]

Risikovorsorge Immobilienkreditgeschäft

Das Frühwarnsystem der Bank und die darauf aufbauende Einstufung des Immobilienkreditbestands in maßnahmenorientierte Risikostatus (RS) versetzen die Bank in die Lage, eine frühzeitige, systematische Risikoerkennung zu betreiben, um vor dem Auftreten akuter Risiken reagieren und risikobegrenzende Maßnahmen einleiten zu können.

Die Bank teilt das Immobilienkreditgeschäft in drei Kategorien mit insgesamt sechs Risikostatus ein:

| | Risikostatus | Erläuterung |
|---------------------------------------|---------------------|---|
| Normal- betreuung | 0 | Unauffälliges Engagement (keine Frühwarnindikatoren); keine risikorelevanten Gegensteuerungsmaßnahmen (GSM) erforderlich. |
| | 1 | Auffälliges Engagement ohne Ausfallgefährdung; keine risikorelevanten GSM erforderlich bzw. eingeleitete Maßnahmen greifen nachhaltig. |
| Intensiv- betreuung | 2 | Auffälliges Engagement mit Ausfallgefährdung; GSM sind eingeleitet. Bei erstmaliger Einstufung in RS 2 erfolgt eine außerordentliche Prüfung des Finanzprojekts und eine laufende Überprüfung der Umsetzung der GSM durch Intensivbetreuung und Frühwarnrunde; Bearbeitung weiterhin durch Kreditanalysten. |
| | 3 | Auffälliges Engagement mit starker Ausfallgefährdung; Umsetzung der eingeleiteten GSM ist gefährdet oder gescheitert. Bearbeitung des Finanzprojekts durch Intensivbetreuung. |
| Problemkredit- bearbeitung | 4 | Sanierung: Erstellung eines Sanierungskonzepts zur Beurteilung der Sanierungsfähigkeit. Laufende Überprüfung der Umsetzung des Sanierungskonzepts und Maßnahmen durch Intensivbetreuung und Problemkreditrunde. |
| | 5 | Abwicklung: Erstellung eines Abwicklungskonzepts. Laufende Überprüfung der Umsetzung des Abwicklungskonzepts und Maßnahmen durch Kreditanalysten, Intensivbetreuung und Problemkreditrunde. |

Notleidende Kredite

| | | 2017 | 2016 |
|---------------------|----------|------|--------|
| Notleidende Kredite | in Mio € | 0,00 | 0,2 |
| Anteil | in % | 0,00 | 0,02 % |

Rückstandsquote

| | | 2017 | 2016 |
|-------------------------------------|----------|------|------|
| Rückstandsquote | in % | 0,00 | 0,00 |
| Netto-Neuzuführung Wertberichtigung | in Mio € | 0,00 | 0,00 |
| Risikokosten (bp) | | 0,00 | 0,00 |

Darlehen der RS 3 bis 5 werden in regelmäßigen Abständen, mindestens aber vierteljährlich auf das Erfordernis einer Wertberichtigung überprüft. Der Bedarf für eine Risikovorsorge besteht, wenn die Rückzahlung des Darlehenskapitals unter Berücksichtigung zufließender Mieten, des Sicherheitenwerts und der Bonität nicht mehr gewährleistet erscheint. Unabhängig davon werden sämtliche Zinsrückstände, deren Fälligkeit 90 Tage überschreitet, in vollem Umfang wertberichtigt. Eine gebildete Kapitaleinzelwertberichtigung wird mindestens vierteljährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Zum Berichtsstichtag wurden 94,34% (Vorjahr: 98,91%) des gesamten Immobilienkreditbestands (inklusive fällige Darlehen) intern als „Normalkredit“ (RS 0 und 1) eingestuft, 5,66% (1,09%) als risikobehaftet (RS 2 und 3) und 0,00% (<0,10%) als „Notleidend“ (RS 4 und 5). [G13] [G14]

Im Berichtszeitraum gab es keine neuen Zuführungen zu den Kapital-EWB und den Zins-EWB. Der bestehende EWB-Bestand bleibt nahezu unverändert bei 0,01 Mio. €; das sind <0,01% (Vorjahr: <0,10%) bezogen auf den Gesamtbestand der Immobilienfinanzierungen.

Die Rückstandsquote, ausgedrückt als Verhältnis zwischen der Gesamtsumme aller rückständigen Zinsen (>30 Tage) in Relation zum Immobilienkreditbestand, lag bei 0,00% (0,00%). [G15]

Risikovorsorge Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft teilt die Bank ihren gesamten Wertpapierbestand in sechs Risikoklassen (RK) ein:

| Risikoklasse | Erläuterung |
|--------------|--|
| I | Normalkredite ohne nennenswerte Risiken |
| II | Normalkredite |
| III | Normalkredite mit erhöhten Spreads |
| IV | Kredite in Intensivbetreuung |
| V | Kredite in Intensivbetreuung mit erhöhten Spreads |
| VI | Notleidende Kredite (in dieser RK verbuchte Wertpapiere unterliegen einer EWB) |

Grundlage für die Zuweisung eines Wertpapiers in eine RK ist dessen Rating und dessen aktueller Risikoaufschlag (Swap Spread) gegenüber der Swap Kurve. Dieses Verfahren stellt sicher, dass sowohl analystengestützte Expertise (Rating) als auch marktbasierende Informationen (Swap Spread) in angemessener Form bei der Risikoklassifizierung Berücksichtigung finden.

Exposure in Peripherieländern

| in Mio. € | | Nominal 31.12.2017 | Nominal 31.12.2016 |
|-----------------------|-----------------|-----------------------|-----------------------|
| | Segment | | |
| Italien | | 7 | 705 |
| | Sovereigns | 0 | 537 |
| | Subsovereigns | 7 | 168 |
| Portugal | | 85 | 335 |
| | Kreditinstitute | 0 | 0 |
| | Sovereigns | 85 | 335 |
| Spanien | | 1.086 | 1.184 |
| | Kreditinstitute | 245 | 315 |
| | Sovereigns | 410 | 410 |
| | Subsovereigns | 431 | 459 |
| Gesamtexposure | | 1.177 | 2.224 |

Positionen der RK V werden gesondert überprüft und – soweit sie dem Anlagevermögen zugeordnet sind – gegebenenfalls wertberichtigt. Die Analyse des Bestands ergab keinen Wertberichtigungsbedarf.

Zum Berichtsstichtag wurden 90,78% (Vorjahr: 88,16%) des gesamten Kapitalmarktbestands intern in die RK I bis III, d.h. als Normalkredit, eingestuft. Lediglich 9,22% (11,84%) des Bestands befanden sich in RK IV. Es befanden sich keine Bestände in RK V und RK VI.

Kapitalmarkt-Exposure in südeuropäischen Peripherieländern

Das Volumen der Engagements in Italien, Spanien und Portugal belief sich per 31. Dezember 2017 auf insgesamt 1,17 Mrd. € (Vorjahr: 2,22 Mrd. €). Trotz der deutlichen Bestandsreduzierungen, die zu einem erheblichen Teil auf Verkäufe italienischer und portugiesischer Anleihen (753,91 Mio. €) zurückzuführen sind, bestehen hier unverändert Konzentrationsrisiken, die beim weiteren Rückbau des Kapitalmarktgeschäfts berücksichtigt und eng vom Risikomanagement begleitet werden.

Das Spanien-Exposure stellt zum Jahresende 2017 mit nominal 1,09 Mrd. € (Vorjahr: 1,18 Mrd. €) den größten Anteil in den EU-Peripherieländern der Bank dar. Bei spanischen Regionen und Kommunen sank das Nominalvolumen zum Jahresende 2017 auf 430,50 Mio. € (458,50 Mio. €). Die Engagements gegenüber Kreditinstituten und der Zentralregierung lagen mit 245,00 Mio. € (315,00 Mio. €) bzw. 410,00 Mio. € (410,00 Mio. €) leicht unter Vorjahresniveau. In Italien sank der Bestand gegenüber Regionen und Kommunen durch Fälligkeiten und Verkäufe deutlich von 168,22 Mio. € auf 6,62 Mio. €.

In Portugal lag das Nominalvolumen zum Jahresende 2017 bei 85,00 Mio. € (Vorjahr: 335,00 Mio. €). Der portugiesische Bestand an Wertpapieren besteht nun ausschließlich aus Staatsanleihen und Anleihen staatlicher Unternehmen. [G16]

Marktpreisrisiko

Strategie

Als Marktpreisrisiko definiert die Bank die Gefahr, dass sich die aktuelle und künftige Vermögens- oder Ertragslage der Bank aufgrund von Veränderungen der/des

- Zinsen (inkl. Zinsanpassungsrisiko, Zinsstrukturkurvenrisiko, Basisspreads)
- Währungen bzw. Wechselkursen
- Optionssensitivitäten (z. B. Volatilität)
- Spreads (inkl. Marktkonzentrationsrisiko)
- Aktienkurse (Aktienrisiko) oder
- Warenpreise (Warenpreisrisiko)
- Credit Value Adjustment (CVA)

verschlechtert.

Das Immobilienkredit- und das Kapitalmarktgeschäft sind stets mit dem Eingehen von Marktpreisrisiken verbunden. Ziel des Marktpreisrisikomanagements ist es, diese zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Marktpreisrisikostategie beschreibt die Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung des Marktpreisrisikos der Bank auf Portfolio- und Einzelengagementebene unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements kann die Bank Zinsänderungsrisiken innerhalb der vorgegebenen Risikolimits eingehen. Diese werden konsistent zur Geschäftsstrategie niedrig gehalten. Das Spreadrisiko ist eine Konsequenz aus den geschäftlichen Aktivitäten vergangener Jahre am Kapitalmarkt. Neugeschäft wurde in 2017 nicht abgeschlossen.

Das Spreadrisiko wird für den Gesamtbestand ermittelt. Risikokonzentrationen werden im Berichtswesen dargestellt. Das Spreadrisiko würde für den dem Umlaufvermögen zugeordneten Bestand limitiert werden. Die Bank hat jedoch im Geschäftsjahr 2017 keine Positionen im Umlaufvermögen gehalten. Die Übernahme von Währungsrisiken ist nicht Bestandteil der Geschäfts- und Risikostrategie. Offene Währungspositionen werden grundsätzlich nicht aktiv eingegangen, lassen sich jedoch im Interesse der Geschäftseffizienz nicht vollständig vermeiden. Die bestehenden geringen Währungsrisiken aus dem Altbestand werden täglich gemessen und limitiert. Die offenen Fremdwährungspositionen werden über einen Bestandsreport angezeigt und regelmäßig berichtet.

Das Eingehen von Optionsrisiken zählt ebenfalls nicht zur Marktpreisrisikostategie der Bank. Sofern mit dem Abschluss von Aktiv- und Passivgeschäften das Eingehen von Optionsrisiken (z. B. Kündigungsrechten) verbunden ist, werden diese durch geeignete Sicherungsgeschäfte abgesichert. Bestehende kleinere Optionsrisiken aus dem Altbestand werden täglich gemessen und limitiert.

Das CVA ist Bestandteil der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen gemäß CRR und wird zur Eigenmittelunterlegung in der Säule I ermittelt. Wirtschaftlich sieht die Düsseldorfer Hypothekenbank AG kein wesentliches Risiko aus dem CVA, da Derivate nur auf Basis von vertraglichen Collateral- und Clearingvereinbarungen abgeschlossen wurden und werden.

In Geschäften, deren Wertentwicklung von Aktienkursen und Warenpreisen abhängt, ist die Bank nicht engagiert. Sie wird auch künftig in solchen Geschäften nicht tätig werden.

Organisation

Grundlegend für den Umgang mit Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk ist das Prinzip der Funktionstrennung, insbesondere die Trennung von Geschäftsabschluss (Markt bzw. Handel) einerseits und Geschäftsabwicklung bzw. Risikoeinschätzung (Marktfolge und Risikocontrolling) andererseits. Die Bank wird dem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung der Marktteilungen von den Marktfolge- und Controllingeinheiten bis hin zur Vorstandsebene gerecht.

Die Marktteilungen sind für den Abschluss von Geld- und Kapitalmarktgeschäften, Derivaten bzw. von Immobilienkreditgeschäften zuständig. Die Abwicklung und Kontrolle der abgeschlossenen Geschäfte wird durch die Marktfolgeabteilungen durchgeführt – von den Marktteilungen weisungsunabhängige und organisatorisch getrennte Einheiten.

Darüber hinaus erteilt Risikocontrolling bei komplexen Geschäften ein ergänzendes Votum hinsichtlich der Absicherung der eingegangenen Risiken.

Die Messung, Überwachung und Berichterstattung der eingegangenen Risiken wird auf Gesamtbankebene durch das Risikocontrolling durchgeführt. Auch die laufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Messinstrumente erfolgen durch die Abteilung Risikocontrolling.

Messmethoden

Zur Messung und zur Steuerung des Marktpreisrisikos berechnet die Bank im barwertigen Going Concern Ansatz täglich den aus sämtlichen bilanziellen und außerbilanziellen zinstragenden Geschäften resultierenden Value at Risk (VaR) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Im barwertigen Steuerungskreis gibt der VaR das maximale Verlustpotenzial des Barwerts eines Portfolios an, das auf Grundlage einer Beobachtungsperiode von 250 Börsentagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,00% (Sicherheits-/Konfidenzniveau) innerhalb einer Haltedauer von zehn bis zwanzig Tagen (je nach Risikoart) nicht überschritten wird.

Täglich wird die Güte der VaR-Prognose des Vortags mit der tatsächlich eingetretenen Marktwertveränderung verglichen (clean & dirty Backtesting). Bei signifikanter Verletzung der Modellparameter werden diese in einem Modellüberprüfungsprozess angepasst.

Im bilanzorientierten Steuerungskreis ermittelt die Bank ihr Zinsänderungsrisiko auf Basis einer Szenarioanalyse. Im Rahmen der Prognose der zukünftigen Zinserträge werden die Auswirkungen eines Zinsschocks, welcher mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,00% innerhalb einer Haltedauer von 250 Tagen nicht überschritten wird, simuliert.

Im (komplementären) Liquidationsansatz variieren die Parameter zur Risikobestimmung und werden aufgrund der Zielrichtung dieses Steuerungskreises verschärft. Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG kommt damit den Anforderungen der BaFin nach, sich mit weiteren Verfahren zur Bestimmung von Risikotragfähigkeiten zu beschäftigen, um den Grenzen eines jeden Verfahrens angemessen zu begegnen.

Die so ermittelten Marktpreisrisiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen (täglich) und hypothetische bzw. historische Stressszenarien (vierteljährlich) simuliert. Letztere beziffern die Auswirkungen extremer Marktpreisbewegungen auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank. Bei der Skalierung der Stresstests folgt die Bank u.a. den Anforderungen der Aufsichtsbehörden. So simuliert die Bank auch gemäß den Vorgaben der BaFin einen Stresstest zu den „Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch“. Täglich werden hier die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +200 bp/–200 bp auf den Barwert der Bank ermittelt.

Im Einklang mit den MaRisk wird – als Ergänzung der hypothetischen und historischen Stresstests – ein inverser Stresstest für Marktpreisrisiken gerechnet, der potenziell eintretende limitauslastende Barwertverluste aufgrund von Veränderungen der Zinsstrukturkurve simuliert.

Entwicklung des Marktpreisrisikos

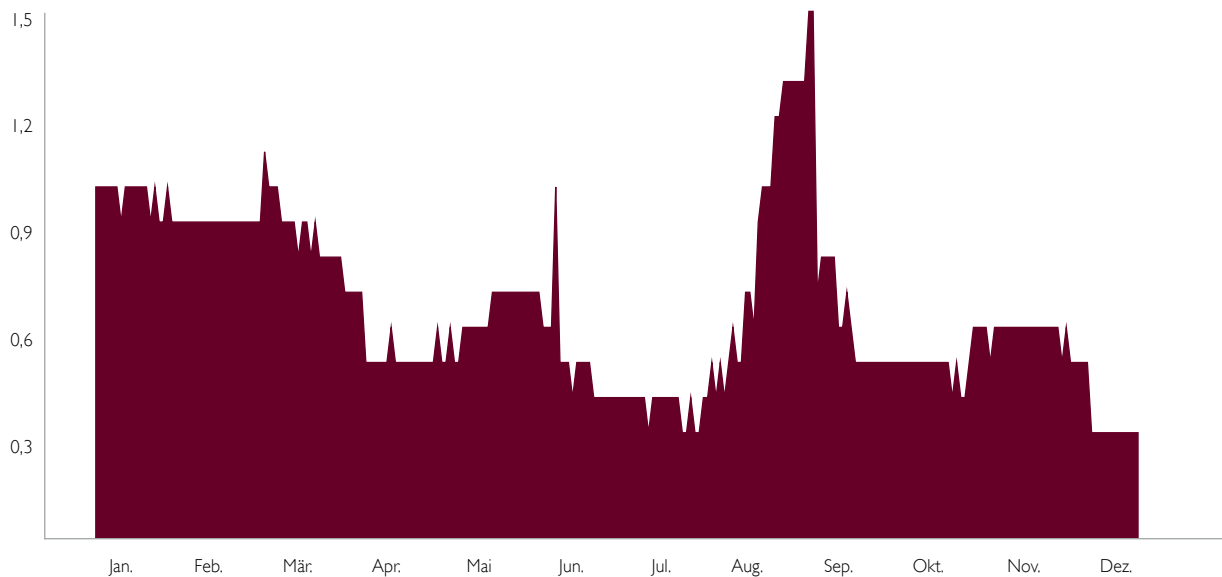
Im bilanzorientierten Steuerungskreis lag der ermittelte Risikowert im Jahresverlauf auf niedrigem Niveau. Das entsprechende Risikolimit konnte jederzeit eingehalten werden.

Das barwertige Marktpreisrisiko bewegte sich im Berichtszeitraum auf einem sehr niedrigen Niveau, mit im Jahresverlauf sich weiter reduzierenden Risikowerten. Die zugeordneten Risikolimits wurden durchgehend eingehalten. Zum Berichtsstichtag erreichte der VaR hier 0,30 Mio. € (1,01 Mio. €). Im Berichtszeitraum lag er durchschnittlich bei 0,66 Mio. € (1,40 Mio. €). Der höchste im Geschäftsjahr 2017 gemessene VaR-Tageswert betrug 1,55 Mio. € (1,80 Mio. €). [G17]

An lediglich einem Tag (clean-Backtesting) überstieg die tatsächliche Wertveränderung der zinstragenden Positionen den prognostizierten Zins-VaR. Auf dem gewählten Sicherheitsniveau von 99,00% liegt dies innerhalb der statistischen Toleranz.

Die Simulation des von der BaFin vorgegebenen Zinsschocks für das Anlagebuch ergab auch in diesem Berichtsjahr keine Überschreitungen des Limits. Die 20%-Grenze des haftenden Eigenkapitals wurde im Stressszenario +200 bp/–200 bp auf der Zinsstrukturkurve zu keinem Zeitpunkt überschritten. Tatsächlich lag die Auslastung im Jahresdurchschnitt bei 0,00% (8,15%) und höchstens bei 0,85% dieses Grenzwerts.

Marktpreisrisiko VaR in Mio. €



Liquiditätsrisiko

Strategie

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko der Bank, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt erfüllen zu können. Das vorrangige Ziel der Liquiditätsrisikostategie ist die Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Darüber hinaus hat die Bank dafür Sorge zu tragen, dass die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Liquiditätsverordnung (LiqV) bis zum 31.12.2017 sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß CRR jederzeit eingehalten werden. Ein weiteres, nachgeordnetes Ziel ist die Minimierung der Kosten der Liquiditätsbeschaffung.

Organisation

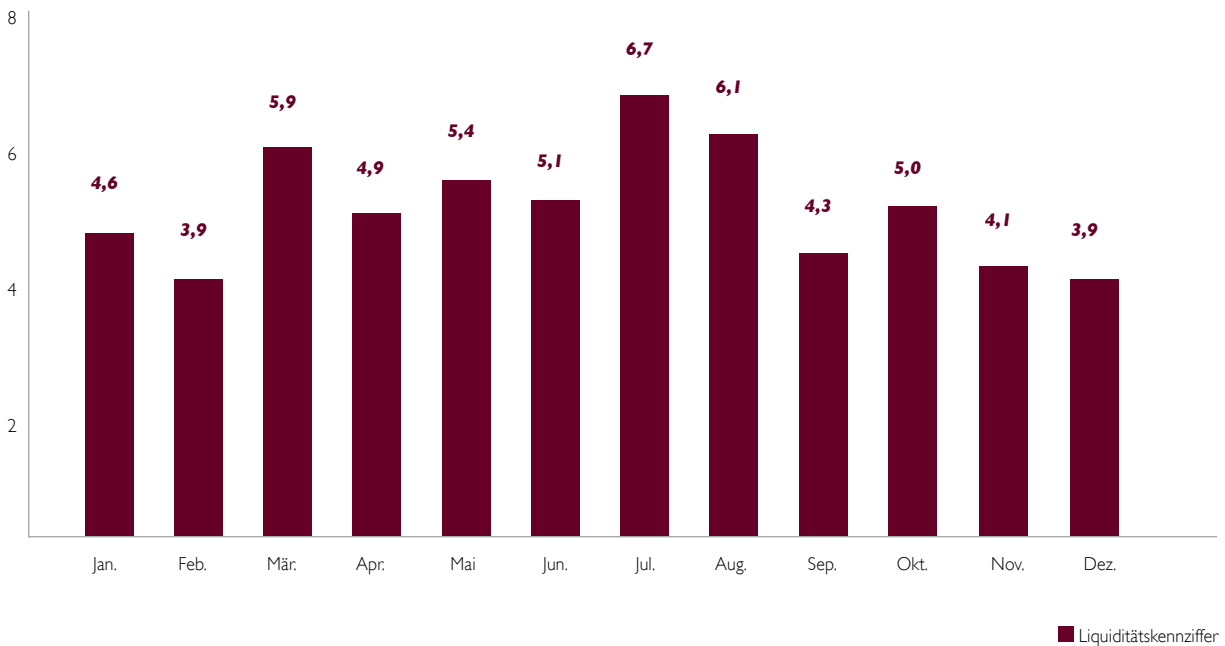
Zentrale Anforderung an die Organisation des Liquiditätsmanagements ist die Einhaltung der Trennung von Liquiditätssteuerung und Liquiditätsüberwachung. Die Bank wird dieser Anforderung durch eine konsequente organisatorische Trennung gerecht. Für die Steuerung der Liquidität der Bank ist die Abteilung Treasury zuständig. Ebenfalls Aufgabe der Abteilung Treasury ist die regelmäßige Überprüfung der relevanten Refinanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit, unter Berücksichtigung der entsprechenden Refinanzierungskosten. Für die Liquiditätsüberwachung einschließlich der Erstellung und Plausibilisierung der zur Steuerungsfunktion benötigten Unterlagen ist die Abteilung Treasury Operations & Deckungsmanagement verantwortlich. Zu ihren Aufgaben zählen u.a. die tägliche Soll-Ist-Analyse des Liquiditätsstatus sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung über die Liquiditätsposition der Gesamtbank.

Messmethoden

Die Bank verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium zur Analyse und Steuerung der Liquidität der Bank (Liquiditätsstrukturanalyse). Es stellt die frühzeitige Erkennung von möglichen Liquiditätsengpässen sicher, damit rechtzeitig geeignete und zielgerichtete Maßnahmen zur Liquiditätssicherung getroffen werden können.

Täglich wird eine kurzfristige Liquiditätsvorausschau erstellt, welche den aktuellen Liquiditätsstatus und die Liquiditätsplanung der Abteilung Treasury mit einem Zeithorizont von mindestens sechs Monaten enthält. Ergänzend wird zu jedem Monatsultimo eine langfristige Liquiditätsvorausschau über einen Zeitraum von mindestens drei vollen Kalenderjahren erstellt.

Liquiditätslage – Liquiditätskennziffer gem. LiqV



Daneben steuerte die Bank ihre Liquidität bis zum 31.12.2017 auf Basis der LiqV, bei der die Bank über eine ausreichende Liquidität verfügte, wenn innerhalb eines Monats die verfügbaren Zahlungsmittel die in dieser Zeit fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen nicht unterschritten. Abgelöst wurde die LiqV im Berichtszeitraum durch die LCR. Diese Mindestliquiditätsquote ist das Verhältnis des Bestands als erstklassig eingestufte Aktiva zum gesamten Nettoabfluss der nächsten 30 Tage. Die LCR ist unter Anwendung eines durch Basel III vorgegebenen Stressszenarios zu ermitteln. Dabei muss die LCR 100,00% oder mehr betragen, um den Standard zu erfüllen.

Stresstests

Auf die Belange der Bank zugeschnittene, unterschiedlichen Prämissen unterliegende Stresstests werden aufbauend auf der kurzfristigen und langfristigen Liquiditätsvorschau durchgeführt. Diese beschreiben die Auswirkungen extremer Marktumstände auf die Liquiditätslage der Bank.

Entwicklung der Liquidität

Die gemeldete Liquiditätskennziffer „LCR“ lag im Berichtszeitraum zwischen 333,77% und 1.833,26% und somit jederzeit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert für 2017 von 80,00%. [G18]

Operationelles Risiko

Strategie

Das operationelle Risiko wird als Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es schließt Rechtsrisiken und andere Unterisikokategorien (u.a. Personalrisiko, Compliancerisiko, Risiken aus ausgelagerten Aktivitäten und Prozessen, Modellrisiken, IT-Risiken usw.) ein.

Die Bank verfolgt das Ziel, Verluste aus operationellen Risiken zu vermeiden bzw. zu vermindern. Damit verbunden sind Bestrebungen, den Risikomanagementprozess kontinuierlich zu verbessern und entsprechend den sich ändernden Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Organisation

Durch die Bestimmung risikobehafteter Prozesse und die Aufarbeitung eingetretener Schadensfälle zum Zwecke der Identifizierung operationeller Risiken sollen die Qualität der Geschäftsprozesse optimiert und das Auftreten operationeller Risiken verhindert bzw. auftretende Schäden vermindert werden. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden Risikoverantwortliche für jede Abteilung benannt, die für die Erfassung der operationellen Schäden, die Überwachung der Maßnahmenumsetzung und die Meldung von möglichen Schwachstellen verantwortlich sind. Zudem werden die Mitarbeiter durch den OpRisk-Manager für das Erkennen von und den Umgang mit operationellen Risiken sensibilisiert. Zusätzlich werden bereits bestimmte Unterrisikoarten, u.a. aus den Bereichen IT, Compliance, Auslagerung und Personal, gemäß aufbauorganisatorischer Definition von Verantwortlichkeiten überwacht und reduziert.

Messmethoden

Die wichtigsten Instrumente zur Bestimmung operationeller Risiken sind die Eigenbeurteilungen der Abteilungen (Self Assessment), die Schadensdatenbank und die Beurteilung von Stressszenarien. Ebenfalls dazu gehören die Vorabprüfung bei Neuauslagerungen sowie deren jährliche Überwachung oder die Wiedereingliederungen von ausgelagerten Tätigkeiten.

Im Rahmen der Eigenbeurteilungen, als ein ex-ante-Instrumentarium, werden mittels eines strukturierten Fragebogens zusammen mit den Abteilungsleitern der Bank potenzielle operationelle Risiken für die aufsichtsrechtlichen Risikokategorien (interne Verfahren, Menschen, Systeme, externe Ereignisse) identifiziert. Anhand der Ergebnisse werden Schwachstellen und risikobehaftete Bereiche herausgefiltert, entsprechende Maßnahmen beschlossen und deren Umsetzung überwacht, um dem Auftreten operationeller Risiken vorzubeugen oder bei Eintritt eines Schadensfalls den Verlust zu minimieren.

Sämtliche identifizierten Schadensfälle, die über eine Bagatellgrenze hinausgehen, werden in einer Schadensdatenbank, als ein ex-post-Instrumentarium, detailliert erfasst und ausgewertet. Damit wird die Grundlage zur Identifizierung und Analyse von Ursachen gelegt, aus denen anschließend angemessene Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Außerdem wird die historische Datensammlung zur Darstellung von bisher durchgeführten Maßnahmen und deren Wirksamkeit genutzt.

Für Risiken aus Auslagerungen von Aktivitäten und Prozessen – als besondere Form operationeller Risiken – hat die Bank einen separaten Prozess eingerichtet, der vom Auslagerungsmanagement gesteuert wird.

Zur Messung des operationellen Risikos im Risikotragfähigkeitskonzept verwendet die Bank ein Modell, welches einen Risikowert auf Basis der Daten aus der Schadensdatenbank ermittelt.

Die operationellen Risiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Stresstests

Auf Basis historisch beobachtbarer oder hypothetischer Stresssituationen werden im Rahmen einer Expertenrunde die gültigen Stressszenarien der Bank überprüft und abhängig vom aktuellen Geschäftsumfeld angepasst. Das Ziel ist es, aus Sicht der Bank geeignete extreme aber dennoch mögliche Szenarien unter Berücksichtigung der Risikokategorien „Interne Verfahren“, „Menschen“, „Systeme“ und „Externe Ereignisse“ zu ermitteln. Aufgrund aktuell zunehmender Vorfälle im Cyber- und IT-Risiko stehen diese Risikoarten in den Expertendiskussionen überwiegend im Vordergrund. Mittels einer Schätzung der Schadenshöhe zu den einzelnen Szenarien werden die erwarteten Auswirkungen anschließend quantifiziert und entsprechende Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung oder Vermeidung von Schadensfällen erarbeitet. Die Durchführung des Stresstests erfolgt jährlich. Zusätzlich wurden plausible mögliche Schadensfälle als inverse Stressszenarien definiert, welche vierteljährlich simuliert werden.

Entwicklung des Operationellen Risikos

Im Berichtsjahr 2017 wurden keine Schäden aus operationellen Risiken gemeldet. Im Vergleich dazu lag der angesetzte Risikowert in der internen Risikotragfähigkeitsberechnung unverändert bei 2,00 Mio. €.

Support Risk

Strategie

Die Düsseldorf Hypothekenbank AG befindet sich in einem Prozess des aktiven Rückbaus des Kapitalmarktgeschäfts inkl. der aktiven Rücknahme von begebenen Pfandbriefen und der Reduzierung des Derivateexposures. Dieser Prozess führte in 2017 zu erheblichen Belastungen des Eigenkapitals bzw. der GuV sowie der Risikotragfähigkeit in den Going Concern Ansätzen. Diese Belastungen wären ohne die finanzielle Unterstützung durch den Eigentümer nicht in dem Umfang tragbar gewesen bzw. wären auch zukünftig noch nicht vollumfänglich tragbar. Hieraus entsteht der Bank aufgrund ihrer Sondersituation grundsätzlich das Risiko, dass der Eigentümer nicht mehr mit Unterstützungsmaßnahmen bereitsteht, um die Geschäftsstrategie umzusetzen.

Organisation

Das Management des Support Risks obliegt dem Vorstand, da aufgrund der Strukturen in der Kommunikation zwischen den Gremien des Eigentümers und der Bank, alle für die Bank relevanten risikospezifischen Informationen zunächst nur beim Vorstand zusammenlaufen.

Das Rechnungswesen und das Risikocontrolling unterstützen den Vorstand durch entsprechende Auswertungen. Die Berichterstattung über das Risiko wird auf Gesamtbankebene durch das Risikocontrolling durchgeführt.

Messmethoden, Entwicklung

Dem Vorstand steht zur Überwachung und Steuerung des Risikos die offene und transparente Kommunikation gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Eigentümer der Bank zur Verfügung. Aus diesem Austausch kann der Vorstand auf Basis der gewonnenen Informationen qualitativ die Risikosituation einschätzen und entsprechende Maßnahmen im Bedarfsfall initiieren. Es lässt sich auf Basis des Verhaltens des Eigentümers aus der Vergangenheit ableiten, dass der Eigentümer in jeder Situation unverzüglich agiert und sowohl Liquiditäts-, Ertrags- und Kapitalmaßnahmen im jeweils von der Bank benötigten Umfang umgehend erfüllt. Aufgrund des fortgeschrittenen Rückbauprozesses haben sich mögliche negative Auswirkungen bei Eintritt dieses Risikos auf die Liquiditäts-, Ertrags- und Kapitallage der Bank in 2017 deutlich reduziert.

Regulatorisches Risiko

Strategie

Die Strategie zum Umgang mit den regulatorischen Risiken beschreibt die Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung dieses Risikos unter Berücksichtigung der Geschäftsstrategie. Die Düsseldorf Hypothekenbank AG hat in ihren geschäftspolitischen Zielen den jederzeitigen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen klar definiert. Somit entfaltet das regulatorische Risiko seine prozessuale Wirkung in der Düsseldorf Hypothekenbank AG auch zukünftig auf alle Bereiche und Abteilungen der Bank. Darüber hinaus wirken steigende Kapitalanforderungen sowohl bei den Eigenmitteln (Säule I) und den Risikodeckungspotenzialen (Säule II) belastend.

Organisation

Die regulatorischen Anforderungen an die Düsseldorf Hypothekenbank AG betreffen nahezu alle Abteilungen der Bank und sind je nach den Spezifika der Anforderungen in den Fachabteilungen zu bearbeiten. Die Verantwortlichkeiten werden im internen Rechtsmonitoring sowie dem Projekt- und Compliancekomitee definiert. Die Anforderungen an die Funktionstrennung werden dabei beachtet.

Messmethoden, Entwicklung

Das regulatorische Risiko ist extern determiniert und kann nur bedingt durch interne Maßnahmen beeinflusst werden. Risikomindernde Maßnahmen sind nur sehr eingeschränkt umsetzbar und reduzieren sich auf die Vermeidung bzw. Verkleinerung von kritischen Geschäftsfeldern, die Mitwirkung und Kommunikation bei bankübergreifenden Initiativen sowie die offene und transparente Kommunikation gegenüber der Aufsicht. Die interne Überwachung dieses Risikos erfolgt sowohl in dezentralen als auch in zentralen Prozessen und wird monatlich an den Vorstand kommuniziert. Insgesamt war die Dynamik in den regulatorischen Anforderungen auch in 2017 hoch. Die Düsseldorf Hypothekenbank AG erwartet auch für das kommende Jahr eine weiterhin erhöhte Dynamik mit allgemein steigenden regulatorischen Anforderungen an den Bankensektor.

Compliance

Die Basis der Geschäftstätigkeit der Bank ist das Vertrauen ihrer Kunden, Geschäftspartner und der Öffentlichkeit in die Integrität der Bank, welche insbesondere auf der Einhaltung der jeweils einschlägigen gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und internen Vorschriften beruht.

Im Mittelpunkt stehen die Prävention und Bekämpfung von Insiderhandel und Marktmissbrauch, Interessenkonflikten sowie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, aber auch der Datenschutz. Darüber hinaus ist eine Compliance-Funktion gemäß MaRisk in die Abläufe des bankweiten Risikomanagementprozesses integriert.

Das Ziel von Compliance – als ein Bestandteil des internen Kontrollsystems – ist es, Compliancerisiken frühzeitig zu identifizieren, einzuschätzen, zu überwachen und diesen so weit wie möglich vorzubeugen. Zu diesem Zweck ist eine dauerhafte und wirksame Compliance Organisation eingerichtet, die ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen kann. Unterstützt wird diese durch ein monatlich tagendes Compliance Komitee.

Die Bank entwickelt ihre Compliance-Risikosteuerung ständig weiter und passt sie an die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen an, um der stetig wachsenden Komplexität der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden.

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein wesentliches Element des internen Überwachungssystems. Die Verantwortung für die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Internen Revision liegt beim Gesamtvorstand.

Die Interne Revision führt im Auftrag des Vorstands unabhängig, objektiv und risikoorientiert Prüfungen durch, die darauf ausgerichtet sind, die Geschäftsprozesse der Bank hinsichtlich Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit zu beurteilen und Optimierungspotenzial aufzuzeigen. Des Weiteren unterstützt die Interne Revision den Vorstand, indem systematisch und zielgerichtet die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und des Internen Kontrollsystems bewertet werden. Bei wesentlichen Projekten erbringt die Interne Revision neben der Begleitung auch Beratungsdienstleistungen, aber nur insoweit ihre Unabhängigkeit dadurch nicht gefährdet wird.

Somit wird zur Sicherung der Geschäftsaktivitäten und Vermögenswerte beigetragen. Die Interne Revision ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und diesem berichtspflichtig. Sie nimmt ihre Aufgaben selbständig und unabhängig wahr. Insbesondere bei der Berichterstattung und der Wertung der Prüfungsergebnisse ist die Interne Revision keiner Weisung unterworfen.

Auf der Grundlage der MaRisk erstreckt sich, basierend auf einem risikoorientierten Prüfungsansatz, die Prüfungstätigkeit grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse der Bank. Hierzu zählen auch die ausgelagerten Prozesse. Die Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems umfasst die Risikomanagement- und Risikocontrolling-systeme, das Berichtswesen, die Informationssysteme sowie die Finanzberichterstattung. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein uneingeschränktes Informationsrecht.

Die Interne Revision erstellt über jede Prüfung zeitnah einen schriftlichen Prüfungsbericht, der dem Gesamtvorstand zugeht. Auf der Grundlage der Prüfungsberichte überwacht und dokumentiert die Interne Revision die fristgerechte Beseitigung der Feststellungen. Des Weiteren wird seitens der Internen Revision ein umfassender Jahresbericht über die von ihr im Laufe des Geschäftsjahrs durchgeführten Prüfungen, die festgestellten wesentlichen Mängel sowie die ergriffenen Maßnahmen erstellt und dem Gesamtvorstand vorgelegt.

Darüber hinaus erfolgt eine vierteljährliche Berichterstattung an den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

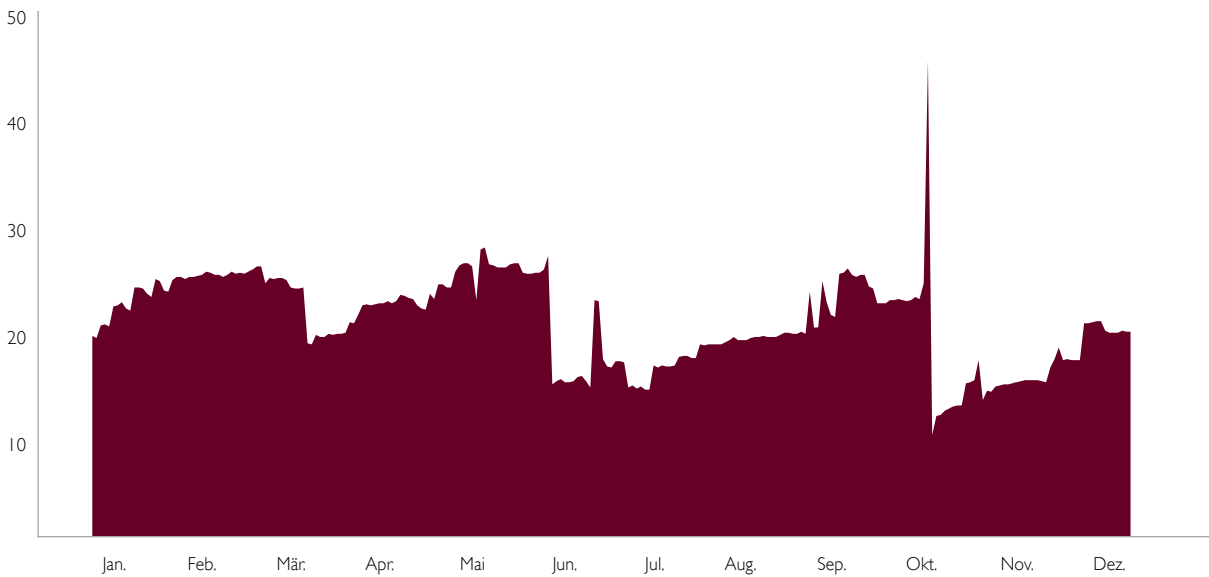
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Strategie

Mit dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess verfolgt die Bank rechnungslegungsbezogene und sonstige Kontrollziele. Den rechnungslegungsbezogenen Kontrollzielen ordnet die Bank die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung zu. Hierbei stehen die Vollständigkeit und die Richtigkeit der Dokumentation, die zeitnahe Erfassung, die Bestandsabstimmung zwischen den eingesetzten IT-Systemen und die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften im Vordergrund. Sonstige Kontrollziele sind die Sicherung der Umsetzung von Managemententscheidungen unter den Aspekten Genehmigung und Einhaltung der Geschäftsstrategie, Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit sowie Einhaltung der für die Rechnungslegung maßgeblichen Gesetze und regulatorischen Anforderungen.

Barwertige Überdeckung

Öffentlicher Pfandbrief nach Stressszenario in %



Organisation

Der Abteilung Rechnungswesen gehören als geschäftsfeldunabhängigem Stabsbereich die Finanzbuchhaltung und Finanzplanung/-controlling, die Darlehens- und Anlagebuchhaltung sowie das Meldewesen an.

Zur Erfüllung der vorgenannten Strategie sind integrierte Geschäftsprozesskontrollen installiert, die nach Fehler verhindernden und Fehler aufdeckenden Maßnahmen getrennt sind. Fehler verhindernde Maßnahmen sind insbesondere die Einhaltung der Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Dienstanweisungen und Plausibilitätsüberprüfungen. Fehler aufdeckende Maßnahmen sind insbesondere Vollständigkeits- und Richtigkeitskontrollen im Vier-Augen-Prinzip. Bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen wird regelmäßig die Unterstützung durch externe Experten in Anspruch genommen. Im Rahmen von Neu-Produkt-Prozessen ist stets vor der Produkteinführung zu belegen, dass die regelkonforme und ordnungsgemäße Abbildung des Neuprodukts im Rechnungswesen sichergestellt ist.

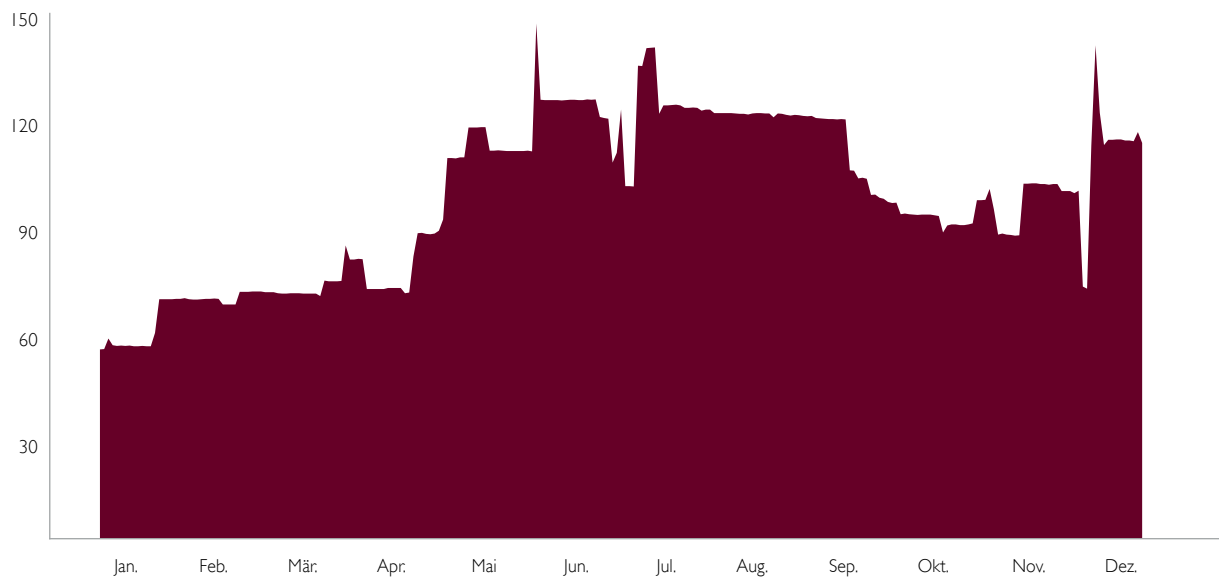
Prozessunabhängige Kontrollen im Hinblick auf die Rechnungslegung führt regelmäßig die Interne Revision durch. Die Rechnungslegung der Bank wird ferner durch den Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung kontrolliert. Im Zuge der Bonitätsbeurteilung der Bank durch die Gesellschaft für Bankbeurteilung erfolgt ebenfalls eine Überprüfung der Rechnungslegung. Insgesamt hat die Bank für den Rechnungslegungsprozess ein Risikomanagementsystem implementiert, das Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von wesentlichen Risiken sowie entsprechende Risiko begrenzende Maßnahmen enthält, um die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sicherzustellen. Das Risikomanagementsystem der Bank wird regelmäßig von der Internen Revision geprüft.

Risikomanagement Deckungsstock

§ 27 Abs. 1 PfandBG verlangt für das Pfandbriefgeschäft die Implementierung eines Risikomanagementsystems, das geeignete Instrumente und Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken im Pfandbriefgeschäft enthält. Die Bank hat ein solches Risikomanagementsystem im Einklang mit § 27 PfandBG installiert. Den Berichts- und Transparenzpflichten gemäß § 28 PfandBG wird durch die Offenlegung wesentlicher Angaben zum Hypotheken- und öffentlichen Deckungsstock vierteljährlich auf der Website der Bank sowie jährlich im Anhang des Jahresabschlusses nachgekommen.

Barwertige Überdeckung

Hypothekendarbrief nach Stressszenario in %



Gemäß PfandBG ist jederzeit eine barwertige Überdeckung der Deckungsstöcke von mindestens 2,00% vorzuhalten. Die Bank berechnet die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf täglicher Basis. Bei der Berechnung der sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG ist vom Barwert des Deckungsstocks unter Zugrundelegung der vorgeschriebenen Stresstests auszugehen. Auf diese Weise ist die geforderte Überdeckung auch im Falle von außergewöhnlichen Zins- und Währungsschwankungen gewährleistet (§ 4 Pfandbrief-Barwertverordnung). Zur Stressberechnung verwendet die Bank das dynamische Verfahren. Die jederzeitige barwertige Überdeckung nach Stressszenarioberechnungen (bzw. risiko-barwertige Überdeckung) betrug im Jahresdurchschnitt bei den Öffentlichen Pfandbriefen der Bank 20,35% (19,18%) und bei den Hypothekendarbriefen 96,42% (47,09%). Damit wird die gesetzlich geforderte Überdeckung sowohl für die Öffentlichen Pfandbriefe der Bank als auch für die Hypothekendarbriefe deutlich übertroffen. Die Entwicklung der barwertigen Überdeckung der Pfandbriefe sowie die wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung der Deckungsstöcke werden monatlich im Aktiv-Passiv-Ausschuss berichtet. [G19] [G20]

Um einem möglichen Vertrauensverlust des Kapitalmarkts in den Öffentlichen Pfandbrief im Zuge der andauernden Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken, findet seit dem 31. Dezember 2012 das durch den vdp in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsinstituten konzipierte vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodell Anwendung, das die Anrechnung von Forderungen gegen Staaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie deren unterstaatliche Stellen mit einem Non-Investmentgrade-Rating in der Deckungsrechnung durch ratingabhängige Abschläge begrenzt. Die Auswirkungen dieses Modells werden auf den jeweiligen Instituts-Internetseiten im Rahmen der Veröffentlichungen gemäß § 28 PfandBG als ergänzende Darstellung zu den bestehenden Deckungsrechnungen veröffentlicht.

Nach § 4 Abs. 1a PfandBG hat die Bank den maximalen Liquiditätsbedarf der nächsten 180 Tage durch Werte, die als sichernde Überdeckung verwendet werden können, und andere liquide Deckungswerte zu sichern.

Risikolage der Düsseldorfer Hypothekenbank AG

Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG hat im Berichtsjahr ihr Risikomanagement- und Controllingsystem umfassend weiterentwickelt. Unter anderem hat die Bank sowohl aufbauorganisatorische Maßnahmen als auch prozessuale Verbesserungen des Risikomanagements vorgenommen. Darüber hinaus wurden die Modelllandschaft zur Risikoermittlung optimiert und die Messung der Risikodeckungspotenziale verbessert.

Maßnahmen, die aufgrund von neuen bzw. erweiterten gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen erforderlich sind, wurden und werden im Rahmen umfangreicher Projekte und damit verbundener IT-Erweiterungen termingerecht umgesetzt. Die Bank wird durch fortwährendes Monitoring sämtliche regulatorischen und rechtlichen Anforderungen rechtzeitig erkennen und umsetzen können.

Die berechneten Risikotragfähigkeiten konnten dank der Unterstützungsmaßnahmen des Eigentümers und dem aktiven Kapitalmarktrückbau erneut strukturell verbessert werden. Gleichwohl werden die Risikotragfähigkeiten noch durch den Altbestand von Wertpapieren südeuropäischer Emittenten belastet. Durch den auch in der Zukunft fortgeführten aktiven Rückbau der Bestände im Kapitalmarktportfolio wird sich dies stetig vermindern und stärkt zusätzlich die positive Fortführungsprognose. Auch zukünftig werden die Risikomessverfahren und Risikosteuerungsprozesse kontinuierlich verbessert werden.

Risiken, die im Geschäftsjahr 2017 zur Gesamteinschätzung der Risikolage der Bank von Bedeutung waren, wurden in den vorangegangenen Berichtsteilen dargestellt. Für diese erkennbaren Risiken hat die Bank unter Berücksichtigung der vom ESF gewährten Höchstbetragsgarantie eine angemessene Vorsorge getroffen. Weitere wesentliche Risiken waren im Berichtsjahr nicht erkennbar.

Prognosebericht

Auch in 2018 dürften politische Themen die Märkte dominieren und zu erhöhten Volatilitäten führen. Während in 2017 die Stärkung der populistischen, radikalen Parteien in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland geringer ausfiel als erwartet, ist bei der Italienwahl im März ein deutliches Erstarken von populistisch radikalen Parteien zu befürchten. Die Ergebnisse bzw. möglicherweise fehlenden Ergebnisse der laufenden Brexitverhandlungen werden insbesondere die Märkte der Eurozone beeinflussen.

Überdies sind die Auswirkungen der Maßnahmen des US-Präsidenten Donald Trump auf die Finanzmärkte nicht vorhersehbar. Die jetzt beschlossene Steuerreform sowie die angestrebte Deregulierung des Bankensektors könnten den Wettbewerb mit europäischen Unternehmen, insbesondere Kreditinstituten, verschärfen. Neben den wirtschaftlichen Aspekten wird auch die Außenpolitik der USA die Märkte beeinflussen. Die Folgen der Verlegung der israelischen US-Botschaft nach Jerusalem und die Koreakrise sind nur zwei Themen von internationaler und wirtschaftlicher Bedeutung. Wirtschaftliche Ereignisse in den USA wirken auf die gesamte Weltkonjunktur, die Bank hält nur einen geringen Anteil an direktem US-Geschäft.

Die Bank rechnet mit einer verlangsamt expansiven EZB-Geldpolitik und einem fiskalischen Konsolidierungsmodus in Europa. Die EZB wird nach Meinung der Bank in 2018 mit dem Tapering, also dem Zurückfahren der Anleihekäufe, beginnen. Die nach wie vor akuten Themen einer stärkeren Bankenregulierung, das fortdauernde Niedrigzinsumfeld und die fortschreitende Digitalisierung werden die Finanzbranche weiterhin vor neue Herausforderungen stellen und nachhaltig verändern. Eine erhöhte Volatilität, z. B. durch politische Unruhe oder ein negatives Ergebnis der Brexitverhandlungen, und eine geänderte EZB-Politik könnten Druck auf die Marktpreise ausüben und damit auf das Portfolio der Bank.

Immobilieninvestoren achten verstärkt auf die politischen Rahmenbedingungen, die Produktqualität, sichere Cashflows und die wirtschaftliche Stabilität des Zielmarkts. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind in Deutschland unverändert positiv. Das Angebot im Immobilienbereich an Core Immobilien ist weiterhin knapp und kann die unverändert hohe Nachfrage aufgrund des historisch nach wie vor niedrigen Zinsniveaus, der prosperierenden Konjunktur und positiver Zahlen auf dem Arbeitsmarkt nicht decken. Daher wird sich das Interesse der Investoren noch stärker als im Vorjahr auf regionale Märkte und Objekte abseits des Core Segments fokussieren. Die Rendite bei Gewerbeimmobilien ist aufgrund der zunehmenden Produktknappheit unverändert historisch niedrig, notiert jedoch über Bundesanleihen. Zur Immobilienanlage gibt es für risikoscheue Anleger daher kaum Alternativen. Insgesamt erwartet die Bank einen stabilen Immobilienmarkt mit kleinen Einschränkungen bei Einzelhandelsimmobilien, die durch den zunehmenden Online-Handel, vor allem abseits der Toplagen, immer mehr unter Druck geraten.

Im Hinblick auf die unverändert hohe Nachfrage werden Neubau-/Projektentwicklungen auch in 2018, besonders von Seiten der internationalen Investoren auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten in Wohnportfolios, weiterhin im Fokus stehen. Dieser Prozess dürfte den Preisanstieg in diesem Segment, insbesondere in den Metropolen, weiter unterstützen.

Im niederländischen Markt erwartet die Bank unverändert ein reges Interesse sowohl von internationalen, aber auch von deutschen Investoren. Im Hinblick auf die zunehmende Knappheit an Core Immobilien dürfte sich der Investmentfokus wieder stärker auf sogenannte Core Plus oder Value Added Objekte richten. Die Regionen um Amsterdam, Utrecht, Den Haag und Rotterdam werden hierbei im Mittelpunkt stehen. Gestützt wird das Interesse von der weiterhin wachsenden Beschäftigtenzahl und einem verbesserten Konsumklima. Bei einer anhaltenden Konjunkturerholung, dank anziehender Inlandsnachfrage und steigender Exporte, wird die Arbeitslosigkeit in 2018 wahrscheinlich weiter zurückgehen. Diese Entwicklung könnte zu einem Anstieg der Reallöhne und der Kaufkraft führen, sodass der Konsum weiterhin eine relevante Größe beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum darstellen wird. Allerdings könnte sich der Aufschwung, in Anbetracht der im Vergleich zu Deutschland stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit Großbritannien, je nach Ausgang der Brexitverhandlungen, etwas abschwächen. Aufgrund dieser Prognose erwarten wir für 2018 weiterhin eine positive Marktentwicklung. Bezogen auf das bestehende Portfolio der Bank in den Niederlanden sind keine marktrelevanten negativen Auswirkungen erkennbar.

Die Strategie des geordneten Rückbaus im Going Concern wurde in 2017 sehr konsequent vorangetrieben. Die Bank geht davon aus, dass sich die Bilanzsumme in 2018 infolge der Rückbaustrategie weiter deutlich verringert wird. Neben Fälligkeiten sollen Aktiva und Passiva aus dem Kapitalmarktbestand unter Steuerung des Zinsänderungsrisikos aktiv zurückgebaut werden. Zur Umsetzung der Strategie sind in Abhängigkeit von der Marktlage gegebenenfalls Unterstützungsmaßnahmen des ESF erforderlich.

Die Aktiva im Segment Kapitalmarktgeschäft werden sich fälligkeitsbedingt bis Ende 2018 um circa 0,30 Mrd. € verringern. Darüber hinaus wird der Rückbau aktiv in Abhängigkeit von der Marktlage unter Berücksichtigung von Chancen und Risiken erfolgen. Die Risikoentwicklung des Portfolios wird dabei maßgeblich von den oben aufgeführten gesamtwirtschaftlichen und politischen Risiken beeinflusst.

Auch der Immobilienkreditbestand der Düsseldorfer Hypothekbank AG wird sich voraussichtlich in 2018 weiter reduzieren, da das geplante geringe Neugeschäftsvolumen die Fälligkeiten nicht kompensiert. Das anhaltend hohe Transaktionsgeschehen im Immobilienmarkt könnte hier erneut zu vorzeitigen Rückzahlungen von Immobiliendarlehen führen.

Die Bank geht von einer unveränderten Nachfrage nach ESF-gesicherten Kundeneinlagen aus. Die Reformmaßnahmen der Einlagensicherung der privaten Banken im Jahr 2017 hatten bisher keine nachteiligen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Bank. Gleichwohl könnte sich die Nachfrage von ausgewählten Anlegergruppen verändern und Konsequenzen für die Refinanzierungsstrategie der Bank nach sich ziehen. Die Mittelaufnahme am Geldmarkt wird eine nennenswerte Refinanzierungsquelle bleiben. Möglichkeiten von Rücknahmen öffentlicher Pfandbriefe, Hypothekendarlehen und Schuldscheindarlehen sollen genutzt werden.

Das laufende Zinsergebnis wird sich voraussichtlich verbessern. Negative Einmaleffekte aus dem Rückbau, insbesondere aus der Schließung von zugehörigen Derivaten, sind zu erwarten. Das Bewertungsergebnis wird maßgeblich durch den aktiven Rückbau des Kapitalmarktgeschäfts beeinflusst werden.

Die Bank geht für das Geschäftsjahr 2018 von einem Verlust im zweistelligen Millionenbereich aus. Die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung werden aufgrund der durchgeführten und geplanten Unterstützungsmaßnahmen des ESF eingehalten werden. Für die Einhaltung der Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung besteht ebenfalls ein ausreichender Puffer.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

| in T€ | 2017 | 2017 | 2017 | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
|--|-----------|-----------|-----------|------------------|-------------|
| Barreserve | | | | 426.076 | 22.856 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 426.074 | | | | (22.855) |
| Forderungen an Kreditinstitute | | | | | |
| Kommunalkredite | | | 146.123 | | 324.813 |
| andere Forderungen | | | 557.902 | 704.025 | 1.323.825 |
| darunter: täglich fällig | 469.244 | | | | (1.105.655) |
| gegen Beleihung von Wertpapieren | 0 | | | | (0) |
| Forderungen an Kunden | | | | | |
| Hypothekendarlehen | | | 613.146 | | 1.025.679 |
| Kommunalkredite | | | 414.421 | | 435.148 |
| andere Forderungen | | | 0 | 1.027.567 | 18 |
| darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren | 0 | | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | | |
| Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten | | 1.296.649 | | | 2.466.496 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 1.115.310 | | | | (2.248.253) |
| von anderen Emittenten | | 526.754 | 1.823.403 | | 1.257.188 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 526.754 | | | | (1.257.188) |
| eigene Schuldverschreibungen | | | 0 | 1.823.403 | 0 |
| Nennbetrag | 0 | | | | (0) |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | | 43 | 43 |
| Immaterielle Anlagewerte | | | | 364 | 270 |
| darunter: entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 364 | | | | (270) |
| Sachanlagen | | | | 290 | 343 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | | | | 4.739 | 3.570 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | | | | | |
| aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | | 1.643 | | 3.554 |
| andere | | | 755 | 2.398 | 1.811 |
| Summe der Aktiva | | | | 3.988.905 | 6.865.614 |

| Passiva | | | | |
|--|--------|-----------|------------------|------------|
| in T€ | 2017 | 2017 | 31.12.2017 | 31.12.2016 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 5.014 | | 15.427 |
| begebene Öffentliche Namenspfandbriefe | | 15.116 | | 21.141 |
| andere Verbindlichkeiten | | 305.492 | 325.622 | 1.153.215 |
| darunter: täglich fällig | 51.079 | | | (98.998) |
| zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe | 0 | | | (0) |
| und Öffentliche Namenspfandbriefe | 0 | | | (0) |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 147.655 | | 324.537 |
| begebene Öffentliche Namenspfandbriefe | | 1.107.910 | | 1.827.991 |
| Spareinlagen | | 1 | | 1 |
| mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 1 | | | |
| mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 0 | | | |
| andere Verbindlichkeiten | | 2.008.183 | 3.263.749 | 2.983.417 |
| darunter: täglich fällig | 21 | | | |
| zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe | 0 | | | (0) |
| und Öffentliche Namenspfandbriefe | 0 | | | (0) |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| begebene Schuldverschreibungen | | | | |
| Hypothekenspfandbriefe | | 25.159 | | 130.234 |
| Öffentliche Pfandbriefe | | 45.000 | | 65.000 |
| sonstige Schuldverschreibungen | | 0 | 70.159 | 0 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | | | 5.623 | 16.467 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | 51 | | 131 |
| andere | | 600 | 651 | 695 |
| Rückstellungen | | | | |
| Steuerrückstellungen | | 0 | | 0 |
| andere Rückstellungen | | 4.988 | 4.988 | 143.660 |
| Eigenkapital | | | | |
| gezeichnetes Kapital | | 691.000 | | 491.000 |
| Kapitalrücklage | | 362.412 | | 362.412 |
| Gewinnrücklagen | | | | |
| andere Gewinnrücklagen | | 48.893 | | 48.893 |
| Bilanzverlust | | -784.192 | 318.113 | -718.607 |
| Summe der Passiva | | | 3.988.905 | 6.865.614 |
| Andere Verpflichtungen | | | | |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | | | 0 | 3.075 |

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

| in T€ | 2017 | 2017 | 2017 | 2016 |
|---|---------|------------|----------|----------|
| Zinserträge aus | | | | |
| Kredit- und Geldmarktgeschäften | 549.312 | | | 232.326 |
| festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 119.068 | 668.380 | | 169.778 |
| Zinsaufwendungen | | -1.075.635 | | -389.026 |
| Negative/Positive Zinsen | | | | |
| aus Kredit- und Geldmarktgeschäften | -2.822 | | | -3.789 |
| auf Einlagen | 1.629 | -1.193 | -408.448 | 2.869 |
| Laufende Erträge aus | | | | |
| Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | 0 | | 0 |
| Beteiligungen | | 13 | 13 | 173 |
| Provisionserträge | | 130 | | 119 |
| Provisionsaufwendungen | | -474 | -344 | -626 |
| Sonstige betriebliche Erträge | | | 370 | 978 |
| Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | |
| Personalaufwand | | | | |
| Löhne und Gehälter | -6.103 | | | -6.547 |
| Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | -982 | -7.085 | | -1.065 |
| darunter: für Altersversorgung | -189 | | | (-167) |
| andere Verwaltungsaufwendungen | | -15.192 | -22.277 | -17.987 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | -363 | -388 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | -829 | -34 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen | | | | |
| auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 0 | -100.770 |
| auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | 0 | -114.120 |
| Erträge aus Zuschreibungen | | | | |
| zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 30.203 | 0 |
| zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | | 180.740 | 0 |
| Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | -220.935 | -228.109 |
| Außerordentliches Ergebnis | | | 155.350 | 134.122 |
| Ergebnis vor Steuern | | | -65.585 | -93.987 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | 0 | | 5 |
| Sonstige Steuern , soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen | | 0 | 0 | 20 |
| Jahresfehlbetrag | | | -65.585 | -93.962 |
| Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | | -718.607 | -624.645 |
| Bilanzverlust | | | -784.192 | -718.607 |

Anhang

Name und Sitz des Unternehmens

Düsseldorfer Hypothekenbank AG
Berliner Allee 41
40212 Düsseldorf
Deutschland
HRB Düsseldorf Nr. 35004

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wird nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, des Aktiengesetzes, des Pfandbriefgesetzes sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. In diesem Jahresabschluss werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden und die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Bei den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden die Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten gemäß § 340e Abs. 2 HGB ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte aufgelöst. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zusätzlich werden – den latenten Risiken im Kreditgeschäft Rechnung tragend – Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten bewertet einschließlich zeitanteiliger Auflösung des Unterschiedsbetrags zum Nennwert. Erworbene Zerobonds werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, die aus Zuschreibungen resultierenden Zinserträge werden erfolgswirksam erfasst. Die zeitanteilige Auflösung der Agien bzw. Disagien erfolgt im Zinsergebnis. Bei einer konkreten Ausfallgefährdung werden die wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapiere auf eine wahrscheinliche Erlösquote abgeschrieben.

Die unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Genussscheine sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden Wertberichtigungen gebildet.

Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die Beteiligungen auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden außerplanmäßige Wertkorrekturen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft und sonstige Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Ausgabebetrag sind als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte aufgelöst.

Für ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden die Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unter Berücksichtigung künftiger Kosten- und Preissteigerungen mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs wird die Stellungnahme IDW RS BFA 3 des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt. Die Bank wendet dabei die periodische (GuV-orientierte) Betrachtungsweise an. Der Bedarf für eine Drohverlustrückstellung wird ermittelt, indem vom Saldo der diskontierten Ergebnisbeiträge aus dem Geschäft mit den zinstragenden Finanzinstrumenten des Bankbuchs die Verwaltungs- und Risikokosten abgezogen werden. Da situationsbedingt bei der Bank für einen langen Zeitraum keine

Fristengliederung nach Restlaufzeiten

| in Mio. € | Forderungen | | Verbindlichkeiten | |
|------------------------|--------------|--------------|-------------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Kreditinstitute | | | | |
| täglich fällig | 469 | 1.106 | 51 | 99 |
| ≤ 3 Monate | 25 | 185 | 174 | 634 |
| > 3 Monate ≤ 1 Jahr | 110 | 140 | 100 | 431 |
| > 1 Jahr ≤ 5 Jahre | 70 | 180 | 0 | 25 |
| > 5 Jahre | 30 | 38 | 1 | 1 |
| Gesamt | 704 | 1.649 | 326 | 1.190 |
| Kunden* | | | | |
| täglich fällig | 1 | 2 | 0 | 0 |
| ≤ 3 Monate | 14 | 16 | 489 | 843 |
| > 3 Monate ≤ 1 Jahr | 46 | 169 | 763 | 1.697 |
| > 1 Jahr ≤ 5 Jahre | 390 | 578 | 1.505 | 1.561 |
| > 5 Jahre | 581 | 707 | 507 | 1.035 |
| Gesamt | 1.032 | 1.472 | 3.264 | 5.136 |

*Restforderung ohne Wertberichtigungen

Ausschüttungen an Anteilseigner vorgenommen werden können, wird für den Teil der fiktiven Schließung von Aktivüberhängen durch Eigenkapital eine Nullverzinsung unterstellt.

Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe der maximalen Auszahlungsverpflichtung ausgewiesen.

Derivative Finanzgeschäfte, die der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen dienen, unterliegen grundsätzlich keiner Einzelbewertung und werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Sicherungsbeziehungen, die für Risikomanagementzwecke bestehen, werden handelsrechtlich nicht als Bewertungseinheit angesehen. Dementsprechend wird weder die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen ermittelt noch werden Drohverlustrückstellungen für gegebenenfalls ineffektive Teile der Sicherungsbeziehungen gebildet.

Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und positive Zinsen auf Einlagen werden jeweils in separaten Posten innerhalb des Zinsergebnisses ausgewiesen. Der Ergebnisbeitrag je derivativem Finanzinstrument wird saldiert und wird entweder als Zinsertrag oder als Zinsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

Beim Ausweis der Risikovorsorge bzw. des Finanzanlageergebnisses wird von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB bzw. § 340c Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht.

Latente Steuern werden nach Maßgabe des § 274 HGB auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen ermittelt. Passive latente Steuern werden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Die auf fremde Währung lautenden Bilanzpositionen wie auch die Kurssicherungsgeschäfte werden gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Werden für Geschäfte in Fremdwährung zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken gegenläufige Währungskurssicherungsgeschäfte abgeschlossen, so gelten diese Geschäfte als besonders gedeckt.

Anlagevermögen Entwicklung

| in Mio. € | Fest- verzinsliche Wertpapiere | Immaterielle Anlagewerte | Sachanlagen | Gesamt |
|--|--------------------------------------|-----------------------------|-------------|---------------|
| Historische Anschaffungs-/Herstellungskosten | 3.682 | 2 | 1 | 3.685 |
| Abschreibung, kumuliert, Vorjahre | -37 | -2 | -1 | -40 |
| Buchwert zum 1.1.2017 | 3.645 | 0 | 0 | 3.645 |
| Zugang Geschäftsjahr | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Abgang Geschäftsjahr | -1.853 | 0 | 0 | -1.853 |
| Abschreibung Geschäftsjahr | -13 | 0 | 0 | -13 |
| Restbuchwert zum 31.12. 2017 | 1.780 | 0 | 0 | 1.780 |
| Abschreibung, kumuliert* | -36 | -2 | -1 | -39 |

* Die kumulierte Abschreibung stellt die Aufwendungen und Erträge der Wertpapiere dar, die zum Bilanzstichtag noch im Bestand sind.

Erläuterungen zur Bilanz

Barreserve

Im Posten „Barreserve“ sind 426,07 Mio. € (Vorjahr: 22,85 Mio. €) Guthaben bei Zentralnotenbanken und 2,91 T€ (Vorjahr: 1,16 T€) Kassenbestand enthalten.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 704,03 Mio. € (Vorjahr: 1,65 Mrd. €) enthalten neben Forderungen aus Kommunalkrediten, die sich einschließlich abgegrenzter Zinsen auf 146,12 Mio. € belaufen (Vorjahr: 324,81 Mio. €), andere Forderungen in Höhe von 557,90 Mio. € (Vorjahr: 1,32 Mrd. €). Die anderen Forderungen enthalten neben Forderungen aus Tages- und Termingeldern in Höhe von 464,38 Mio. € (Vorjahr: 1,11 Mrd. €) Forderungen aus Sparkassenbriefen in Höhe von 65,45 Mio. € (Vorjahr: 101,70 Mio. €). Zudem beinhalten sie täglich fällige Sichteinlagen in Höhe von 1,88 Mio. € (Vorjahr: 36,95 Mio. €), Forderungen aus laufender Rechnung von 2,67 Mio. € (Vorjahr: 7,70 Mio. €) sowie fällige und abgegrenzte Zinsen aus Zinssicherungsgeschäften in Höhe von 23,51 Mio. € (Vorjahr: 63,89 Mio. €).

In den Forderungen an Kreditinstitute sind wie im Vorjahr weder Forderungen an verbundene Unternehmen noch an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von 1,03 Mrd. € (Vorjahr: 1,46 Mrd. €) betreffen einschließlich abgegrenzter Zinsen und abzüglich etwaiger Wertberichtigungen in Höhe von 613,15 Mio. € Hypothekendarlehen (Vorjahr: 1,03 Mrd. €) und in Höhe von 414,42 Mio. € Forderungen aus Kommunalkrediten (Vorjahr: 435,15 Mio. €).

In den Forderungen an Kunden sind wie im Vorjahr weder Forderungen an verbundene Unternehmen noch an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten. Zudem bestehen wie im Vorjahr keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit.

Börsenfähige Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 1,78 Mrd. € (Vorjahr: 3,65 Mrd. €) sind börsenfähig; davon sind 1,78 Mrd. € (Vorjahr: 3,61 Mrd. €) börsennotiert. Sie enthalten wie im Vorjahr weder verbrieft noch unverbrieft Forderungen an verbundene Unternehmen bzw. an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2018 Beträge in Höhe von 260,02 Mio. € (2017: 947,42 Mio. €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen sind 725,5 Mio. € (Vorjahr: 1,23 Mrd. €) zur Deckung der umlaufenden Pfandbriefe bestimmt. Schuldverschreibungen über 1,78 Mrd. € (Vorjahr: 3,65 Mrd. €) werden zum Bilanzstichtag nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darin enthalten sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 218,57 Mio. € (Vorjahr: 504,83 Mio. €), die zum Bilanzstichtag kapitalmarktbedingt einen um 5,72 Mio. € (Vorjahr: 37,43 Mio. €) niedrigeren beizulegenden Zeitwert aufweisen. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt – bezogen auf die Zinskomponente – in den zu Marktkursen bewerteten Verbindlichkeiten bzw. Derivaten. Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 hat sich der Bestand an Fremden Schuldverschreibungen um 51,03% verringert. Ursächlich hierfür ist neben Fälligkeiten der aktive Abbau der Staatsfinanzierungsbestände.

Die in der Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Genussscheine in Höhe von 42,84 T€ (Vorjahr: 42,84 T€) sind wie im Vorjahr börsenfähig und börsennotiert.

Sachanlagen

Die Sachanlagen in Höhe von 290,22 T€ (Vorjahr: 343,12 T€) betreffen wie im Vorjahr ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 4,74 Mio. € (Vorjahr: 3,57 Mio. €) beinhalten neben Steuerforderungen (1,23 Mio. €) und Forderungen aus laufender Rechnung (221,67 T€) eine Forderung an den ESF in Höhe von 3,29 Mio. € resultierend aus einer Ende 2015 vereinbarten Stützungsmaßnahme.

Im Vorjahr wurde unter den Sonstigen Vermögensgegenständen neben Steuerforderungen (1,41 Mio. €) und Forderungen aus laufender Rechnung (48,23 T€) eine vergleichbare Forderung an den ESF ausgewiesen, die sich auf 2,11 Mio. € belief.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Emissionsdisagien aus Schuldverschreibungen in Höhe von 725,08 T€ (Vorjahr: 1,43 Mio. €), Agien aus Forderungen von 918,00 T€ (Vorjahr: 2,13 Mio. €), gezahlte Upfrontprämien von 96,54 T€ (Vorjahr: 0,89 Mio. €) sowie im Voraus bezahlter Sachaufwand von 658,05 T€ (Vorjahr: 0,92 Mio. €) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 325,62 Mio. € (Vorjahr: 1,19 Mrd. €) betreffen Verbindlichkeiten aus begebenen öffentlichen Namenspfandbriefen in Höhe von 5,01 Mio. € (Vorjahr: 15,43 Mio. €) und aus Hypotheken-Namenspfandbriefen in Höhe von 15,12 Mio. € (Vorjahr: 21,14 Mio. €). Die anderen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus dem Eurex Repo Trading in Höhe von 199,47 Mio. € (Vorjahr: 923,90 Mio. €), aufgenommene Tages- und Termingelder in Höhe von 55,33 Mio. € (Vorjahr: 102,83 Mio. €) sowie Zinsabgrenzungen aus Zinssicherungsgeschäften in Höhe von 48,92 Mio. € (Vorjahr: 124,30 Mio. €). Wie im Vorjahr bestehen zum Berichtsstichtag keine Verbindlichkeiten aus dem Offenmarktgeschäft mit der EZB. Wie im Vorjahr enthalten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 3,26 Mrd. € (Vorjahr: 5,14 Mrd. €) enthalten neben Verbindlichkeiten aus begebenen öffentlichen Namenspfandbriefen in Höhe von 1,11 Mrd. € (Vorjahr: 1,83 Mrd. €) Verbindlichkeiten aus begebenen Hypotheken-Namenspfandbriefen in Höhe von 147,66 Mio. € (Vorjahr: 324,54 Mio. €). In den anderen Verbindlichkeiten, die sich auf 2,01 Mrd. € (Vorjahr: 2,98 Mrd. €) belaufen, sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Termingeldern in Höhe von 1,55 Mrd. € (Vorjahr: 2,15 Mrd. €) sowie aus Schuldscheindarlehen in Höhe von 459,46 Mio. € (Vorjahr: 833,24 Mio. €) enthalten.

Wie im Vorjahr enthalten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten sind begebene Schuldverschreibungen in Höhe von 70,16 Mio. € (Vorjahr: 195,23 Mio. €) ausgewiesen, die in Höhe von 25,16 Mio. € (Vorjahr: 130,23 Mio. €) Hypothekendarlehen und von 45,00 Mio. € (Vorjahr: 65,00 Mio. €) öffentliche Pfandbriefe betreffen. Andere verbrieft Verbindlichkeiten bestehen wie im Vorjahr nicht. Begebene Schuldverschreibungen in Höhe von 50,16 Mio. € werden in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig (2017: 100,23 Mio. €).

Wie im Vorjahr enthalten die verbrieften Verbindlichkeiten keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Summe der Sonstigen Verbindlichkeiten beträgt 5,62 Mio. € (Vorjahr: 16,47 Mio. €) und betrifft im Wesentlichen einen bilanziellen Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 5,01 Mio. € (13,66 Mio. €), der sich durch die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Finanzinstrumente zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag ergibt. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt in den Forderungen und Verbindlichkeiten, die – sofern sie in Fremdwährung notiert sind – ebenfalls zum Stichtagskurs bewertet werden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Emissionsagien aus Schuldverschreibungen in Höhe von 33,14 T€ (Vorjahr: 39,05 T€), Damna aus Forderungen von 17,64 T€ (Vorjahr: 91,81 T€) sowie vereinnahmte Upfrontprämien von 599,99 T€ (Vorjahr: 694,81 T€).

Rückstellungen

Der Posten beläuft sich auf 4,99 Mio. € (Vorjahr: 143,66 Mio. €) und enthält Rückstellungen für Tantiemen in Höhe von 970,00 T€ (Vorjahr: 760,00 T€), Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von 815,0 T€ (Vorjahr: 0,0 €) sowie für Verbindlichkeiten aus laufender Rechnung in Höhe von 1,56 Mio. € (Vorjahr: 1,96 Mio. €). Zudem ist eine Rückstellung für den geplanten Abbau des Personals und damit erwarteten Abfindungszahlungen in Höhe von 1,40 Mio. € (Vorjahr: 1,50 Mio. €) enthalten, wobei die Höhe dieser Rückstellung auf der Annahme eines schrittweise jährlich durchgeführten Rückbaus des Personals unter Beachtung der im Interessenausgleich vereinbarten personellen Untergrenzen für die jeweiligen Abteilungen der Bank basiert.

Für die deutliche Abnahme der Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen eine in den Vorjahren gebildete Drohverlustrückstellung in Höhe von 139,33 Mio. € verantwortlich, die auf der Berechnung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 beruhte und im Berichtsjahr vollständig aufgelöst werden konnte, da zum 31. Dezember 2017 kein Verpflichtungsüberschuss bestand.

Gezeichnetes Kapital und Gewinnrücklagen

Der Bilanzverlust des Vorjahrs in Höhe von 718,61 Mio. € (Vorjahr: 624,65 Mio. €) wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 15. Dezember 2016 wurde die Satzung geändert. Der Vorstand ist berechtigt, das Grundkapital bis zum 14. Dezember 2021 durch Ausgabe neuer Aktien einmalig oder mehrmals um bis zu 245,5 Mio. € zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Aufgrund der am 15. Dezember 2016 beschlossenen genehmigten Erhöhung des Grundkapitals sind im März 2017 200.000.000 auf den Namen lautende Aktien zu je 1,00 € ausgegeben worden, so dass sich das genehmigte Kapital auf 45,5 Mio. € reduziert und das Grundkapital auf 691,0 Mio. € erhöht hat. Es ist eingeteilt in 691.000.000 (Vorjahr: 491.000.000) auf den Namen lautende Aktien zu je 1 €. Die Rücklagen in Höhe von 411,3 Mio. € (Vorjahr: 411,3 Mio. €) setzen sich aus der Kapitalrücklage von 362,4 Mio. € (Vorjahr: 362,4 Mio. €) und den anderen Gewinnrücklagen von 48,9 Mio. € (Vorjahr: 48,9 Mio. €) zusammen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag gab es keine unwiderruflichen Kreditzusagen (Vorjahr: 3,08 Mio. €; eine Immobilienfinanzierung).

Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der zur Absicherung von Offenmarktgeschäften und sonstigen Krediten übertragenen Schuldverschreibungen beläuft sich auf 907,55 Mio. € (Vorjahr: 2,17 Mrd. €).

Deckungsrechnung

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | 2017 | 2016 |
|--|---------------|---------------|
| Forderungen an Kunden (Hypothekendarlehen) | 358,2 | 671,9 |
| Ergänzende Deckung | 25,0 | 75,0 |
| Deckungswerte gesamt | 383,2 | 746,9 |
| davon Derivate | 0,0 | 0,0 |
| Deckungspflichtige Hypothekendarlehen | -174,5 | -463,5 |
| davon Derivate | 0,0 | 0,0 |
| Überdeckung | 208,7 | 283,4 |

G26

Barwertige Überdeckung

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | Barwert | | Risikobarwert | |
|--------------------|--------------|--------------|---------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Deckungswerte | 424,9 | 830,7 | 406,1 | 824,4 |
| Hypothekendarlehen | -199,2 | -529,5 | -190,9 | -536,8 |
| Überdeckung | 225,7 | 301,2 | 215,2 | 287,6 |

G27

Kapitalfälligkeit nach Jahren

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | Deckungsmasse | | Hypothekendarlehen | |
|-----------------------|---------------|--------------|--------------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| ≤ 0,5 Jahre | 5,0 | 46,6 | 30,5 | 85,0 |
| > 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr | 44,4 | 139,9 | 13,0 | 101,0 |
| > 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre | 29,1 | 0,0 | 9,0 | 30,5 |
| > 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre | 35,1 | 83,2 | 15,0 | 13,0 |
| > 2 Jahre ≤ 3 Jahre | 65,4 | 116,9 | 0,0 | 24,0 |
| > 3 Jahre ≤ 4 Jahre | 35,9 | 113,4 | 30,0 | 0,0 |
| > 4 Jahre ≤ 5 Jahre | 25,2 | 42,0 | 3,0 | 30,0 |
| > 5 Jahre ≤ 10 Jahre | 143,1 | 204,9 | 57,0 | 153,0 |
| > 10 Jahre | 0,0 | 0,0 | 17,0 | 27,0 |
| Gesamt | 383,2 | 746,9 | 174,5 | 463,5 |

Immobilienkredite nach Nutzung und Staaten

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | Deutschland | | Niederlande | | USA | | Gesamt | |
|-----------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|--------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| wohnwirtschaftlich | | | | | | | | |
| Wohnungen | | | | | | | | |
| Ein- und Zweifamilienhäuser | | | | | | | | |
| Mehrfamilienhäuser | 54,2 | 91,1 | | 19,2 | | | 54,2 | 110,3 |
| gewerblich | | | | | | | | |
| Büro | 94,8 | 163,9 | 40,7 | 69,0 | 22,6 | 71,5 | 158,1 | 304,4 |
| Handel | 41,2 | 55,3 | 34,4 | 99,8 | | | 75,6 | 155,1 |
| Sonstige | 43,5 | 59,4 | 26,8 | 42,7 | | | 70,3 | 102,1 |
| Gesamt | 233,7 | 369,7 | 101,9 | 230,7 | 22,6 | 71,5 | 358,2 | 671,9 |

G29

Immobilienkredite nach Größenklassen

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | 2017 | 2016 |
|----------------------------|--------------|--------------|
| ≤ 0,3 Mio. € | 0,3 | 0,0 |
| > 0,3 Mio. € ≤ 1,0 Mio. € | 0,5 | 1,4 |
| > 1,0 Mio. € ≤ 10,0 Mio. € | 76,3 | 70,3 |
| > 10,0 Mio. € | 281,1 | 600,2 |
| Gesamt | 358,2 | 671,9 |

G30

Weitere Deckungswerte

Hypothekendarlehen

| in Mio. € | Deutschland | | Slowakei | | Tschechien | | Gesamt | |
|--|-------------|-------------|----------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Ausgleichsforderungen nach § 19 (1) Nr. 1 PfandBG | | | | | | | | |
| Geldforderungen nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG | | | | | | | | |
| davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/ 2013 | | | | | | | | |
| Schuldverschreibungen nach § 19 (1) Nr. 3 PfandBG | | 20,0 | | 35,0 | 25,0 | 20,0 | 25,0 | 75,0 |
| Gesamt | | 20,0 | | 35,0 | 25,0 | 20,0 | 25,0 | 75,0 |

Deckungsrechnung

Hypothekendarbrief

| | | 2017 | 2016 |
|---|--------|--------------|--------------|
| Hypothekendarbriefe | Mio. € | 174,5 | 463,5 |
| davon festverzinslich | % | 100,0 | 89,2 |
| Deckungsmasse | Mio. € | 383,2 | 746,9 |
| davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §13 (1) PfandBG überschreiten | Mio. € | - | - |
| davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 2 PfandBG überschreiten | Mio. € | - | - |
| davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. §19 (1) Nr. 3 PfandBG überschreiten | Mio. € | - | - |
| davon festverzinsliche Deckungsmasse | % | | 75,1 |
| Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung in Mio. € | USD | 28,2 | 78,8 |
| volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen | Jahre | 4,3 | 3,9 |
| durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf | % | 56,9 | 53,4 |

G32

Deckungsrechnung

öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | 2017 | 2016 |
|---|-----------------|-----------------|
| Forderungen an Kreditinstitute (Kommunalkredite) | 100,0 | 230,0 |
| Forderungen an Kunden (Kommunalkredite) | 401,1 | 421,5 |
| Forderungen an Kunden (Hypothekarkredite) | 1,2 | 1,3 |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 725,5 | 1.233,4 |
| Ordentliche Deckung | 1.227,8 | 1.886,2 |
| Ergänzende Deckung | 65,0 | 162,5 |
| Deckungswerte, gesamt | 1.292,8 | 2.048,7 |
| davon Derivate | 0,0 | 0,0 |
| Deckungspflichtige öffentliche Pfandbriefe | -1.142,4 | -1.873,5 |
| davon Derivate | 0,0 | 0,0 |
| Überdeckung | 150,4 | 175,2 |

G33

Barwertige Überdeckung

öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | Barwert | | Risikobarwert | |
|--------------------------|--------------|--------------|---------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Deckungswerte | 1.640,5 | 2.737,8 | 1.521,5 | 2.498,6 |
| öffentliche Pfandbriefe | -1.324,2 | -2.235,4 | -1.274,3 | -2.094,2 |
| Überdeckung | 316,3 | 502,4 | 247,2 | 404,4 |

Kapitalfälligkeit nach Jahren

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | Deckungsmasse | | Öffentliche Pfandbriefe | |
|-----------------------|----------------|----------------|-------------------------|----------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| ≤ 0,5 Jahre | 156,1 | 281,9 | 55,0 | 245,0 |
| > 0,5 Jahre ≤ 1 Jahr | 100,1 | 226,4 | 80,2 | 106,0 |
| > 1 Jahr ≤ 1,5 Jahre | 0,3 | 57,9 | 72,5 | 55,0 |
| > 1,5 Jahre ≤ 2 Jahre | 0,0 | 102,6 | 115,2 | 80,3 |
| > 2 Jahre ≤ 3 Jahre | 130,1 | 4,8 | 426,0 | 187,7 |
| > 3 Jahre ≤ 4 Jahre | 121,6 | 116,5 | 1,0 | 478,0 |
| > 4 Jahre ≤ 5 Jahre | 0,1 | 84,6 | 37,0 | 106,0 |
| > 5 Jahre ≤ 10 Jahre | 271,0 | 256,6 | 239,5 | 377,0 |
| > 10 Jahre | 513,5 | 917,4 | 116,0 | 238,5 |
| Gesamt | 1.292,8 | 2.048,7 | 1.142,4 | 1.873,5 |

G35

Staatskredite nach Staaten und Kreditnehmern (geschuldet)

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | Zentralregierung | | Region | | Kommune | | Sonstige | | Gesamt | |
|--|------------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|--------------|--------------|----------------|----------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Belgien | | | | 20,0 | | | | | 0,0 | 20,0 |
| Deutschland | 30,0 | | 250,6 | 295,6 | 0,3 | 0,3 | 76,4 | 60,0 | 357,3 | 355,9 |
| Frankreich | | | | | | 0,4 | 25,0 | 25,0 | 25,0 | 25,4 |
| Irland | 105,0 | 80,0 | | | | | | | 105,0 | 80,0 |
| Italien | | 272,0 | | 54,0 | | 102,9 | | | 0,0 | 428,9 |
| Österreich | 125,0 | 125,0 | | | | | | | 125,0 | 125,0 |
| Polen | | 45,0 | | | | | | | 0,0 | 45,0 |
| Portugal | | | | | | | 50,0 | 75,0 | 50,0 | 75,0 |
| Schweiz | | | | | | | 50,0 | 75,0 | 50,0 | 75,0 |
| Slowakei | | 50,0 | | | | | | | 0,0 | 50,0 |
| Slowenien | 25,0 | 25,0 | | | | | | | 25,0 | 25,0 |
| Spanien | 250,0 | | 166,0 | 166,0 | 74,5 | 63,0 | | | 490,5 | 229,0 |
| Tschechien | | 27,0 | | | | | | | 0,0 | 27,0 |
| Gesamt | 535,0 | 624,0 | 416,6 | 535,6 | 74,8 | 166,6 | 201,4 | 235,0 | 1.227,8 | 1.561,2 |
| Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen | | | | | | | | | 0,0 | 0,0 |
| Gesamtbetrag der Forderungen mit ≥ 5 % Rückstand | | | | | | | | | 0,0 | 0,0 |

Staatskredite nach Staaten und Kreditnehmern (gewährleistet)

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | Zentralregierung | | Region | | Kommune | | Sonstige | | Gesamt | |
|--|------------------|--------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Österreich | | 325,0 | | | | | | | 0,0 | 325,0 |
| Gesamt | 0,0 | 325,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 325,0 |
| Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen | | | | | | | | | 0,0 | 0,0 |
| Gesamtbetrag der Forderungen mit \geq 5% Rückstand | | | | | | | | | 0,0 | 0,0 |

G37

Deckungswerte nach Größenklassen

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | 2017 | 2016 |
|-----------------------------------|----------------|----------------|
| \leq 10,0 Mio. € | 1,7 | 10,7 |
| > 10,0 Mio. € \leq 100,0 Mio. € | 490,1 | 997,4 |
| > 100,0 Mio. € | 736,0 | 878,1 |
| Gesamt | 1.227,8 | 1.886,2 |

G38

Weitere Deckungswerte

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | Deutschland | | Niederlande | | Österreich | | Gesamt | |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------|
| | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 | 2017 | 2016 |
| Ausgleichsforderungen nach § 19 (1) Nr. 1 PfandBG | | | | | | | 0,0 | 0,0 |
| Geldforderungen nach § 19 (1) Nr. 2 PfandBG | 15,0 | 90,0 | 20,0 | 20,0 | 30,0 | 52,5 | 65,0 | 162,5 |
| davon gedeckte Schuldverschreibungen gem. EU-Verordnung 575/ 2013 | | 90,0 | | 20,0 | | 52,5 | 0,0 | 162,5 |
| Gesamt | 15,0 | 90,0 | 20,0 | 20,0 | 30,0 | 52,5 | 65,0 | 162,5 |

G39

Weitere Kennzahlen

Öffentlicher Pfandbrief

| in Mio. € | | 2017 | 2016 |
|--|--------|----------------|----------------|
| Umlaufende Pfandbriefe | Mio. € | 1.142,4 | 1.873,5 |
| davon festverzinslich | % | 99,6 | 95,9 |
| Deckungsmasse | Mio. € | 1.292,8 | 2.048,7 |
| davon Gesamtforderungen, die Grenzen gem. § 20 (2) PfandBG überschreiten | Mio. € | - | - |
| davon festverzinsliche Deckungsmasse | % | 98,1 | 84,7 |
| Nettobarwert nach § 6 PfandbBarwertV je Fremdwährung | Mio. € | - | - |

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsergebnis

Das Zinsergebnis beträgt –408,44 Mio. € (Vorjahr: 12,33 Mio. €) und enthält negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von –2,82 Mio. € (Vorjahr: –3,79 Mio. €) sowie positive Zinsen auf Einlagen in Höhe von 1,63 Mio. € (Vorjahr: 2,87 Mio. €). Der Ergebnisrückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus Einmaleffekten aus Swap-Close-Outs in Höhe von saldiert –402,91 Mio. € (Vorjahr: 23,60 Mio. €).

Personalaufwand, Organbezüge und Beschäftigte

Der Personalaufwand beträgt im Berichtsjahr 7,09 Mio. € (Vorjahr: 7,61 Mio. €). Darin sind die Gesamtbezüge für den Vorstand, die ausschließlich die Tätigkeit im Geschäftsjahr betreffen, in Höhe von 1,01 Mio. € (Vorjahr: 1,28 Mio. €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 309,54 T€ (Vorjahr: 525,64 T€) und entfallen ausschließlich auf die Vergütung des Berichtsjahrs, während in der Vergleichszahl des Vorjahrs auch die Vergütung für das vorherige Geschäftsjahr 2015 enthalten war.

Im Jahresdurchschnitt waren neben dem Vorstand 59 (Vorjahr: 65) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter sieben (Vorjahr: acht) Teilzeitkräfte (Umrechnung auf Vollzeitbasis). Zum Berichtsstichtag beschäftigt die Bank neben dem Vorstand 57 (Vorjahr: 66) Mitarbeiter, darunter 21 (31) weibliche und 36 (35) männliche.

Prüfungs- und Beratungsleistungen

Das für das Geschäftsjahr 2017 berechnete Gesamthonorar für den Abschlussprüfer beträgt 405,74 T€ (Vorjahr: 359,86 T€) und betrifft in Höhe von 364,00 T€ die Abschlussprüfung des Berichtsjahrs (Vorjahr: 359,86 T€) und in Höhe von 14,99 T€ die des Vorjahrs. Weitere Kosten in Höhe von 26,74 T€ entfallen auf sonstige Leistungen. Dabei handelt es sich in Höhe von 18,74 T€ um vereinbarte Untersuchungshandlungen, wie sie z. B. für die Beitragsfestsetzung zum Einlagensicherungsfonds des BdB erforderlich sind. Weitere Leistungen in Höhe von 8,00 T€ betreffen das vom BdB initiierte Projekt „Sanierungsplan für mittelständische Unternehmen“.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 155,35 Mio. € (Vorjahr: 134,12 Mio. €) enthält Stützungsmaßnahmen vom ESF. Sie entfallen in Höhe von 136,63 Mio. € (Vorjahr: 114,12 Mio. €) auf Ausgleichszahlungen für realisierte Verluste, die beim Rückbau bestimmter Kapitalmarktbestände entstanden sind. Zudem werden der Düsseldorfer Hypothekbank AG vom ESF bestimmte, vertraglich vereinbarte Verwaltungsaufwendungen erstattet, was im Berichtsjahr zu einem außerordentlichen Ertrag von 18,72 Mio. € (Vorjahr: 20,00 Mio. €) geführt hat.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragssteuern sind dem Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugeordnet.

Ergebnisverwendung

Der Bilanzverlust in Höhe von 784,19 Mio. € (Vorjahr: 718,61 Mio. €) soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Sonstige Angaben

Zwangsmaßnahmen, übernommene Grundstücke und Zinsrückstände

Zum Bilanzstichtag sowie im gesamten Geschäftsjahr 2017 war für in Deckung genommene Hypothekendarlehen keine Zwangsverwaltung anhängig. Zudem wurden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr zwecks Verhütung von Verlusten Grundstücke (sog. Rettungserwerbe) in den eigenen Bestand übernommen.

Zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 30. September 2017 sind weder Zins- noch Tilgungsrückstände bei den zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Darlehensforderungen entstanden.

Finanzderivate Restlaufzeitenstruktur in Mio. €

| | Nominalbetrag | | | Gesamt | Marktwerte |
|----------------------|---------------|--------------|--------------|---------------|-------------|
| | < 1 Jahr | 1 – 5 Jahre | > 5 Jahre | | |
| Zinsswaps | 786 | 1.913 | 1.552 | 4.251 | -382 |
| Zins-/ Währungsswaps | 23 | 0 | 24 | 47 | 1 |
| Gesamt | 809 | 1.913 | 1.576 | 4.298 | -381 |

Rückzahlungen auf Hypothekendarlehen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 410,33 Mio. € (Vorjahr: 396,09 Mio. €) Hypothekendarlehen zurückgezahlt. Davon entfielen bei gewerblich genutzten Objekten 54,21 Mio. € (Vorjahr: 65,36 Mio. €) auf Amortisationen und 278,80 Mio. € (Vorjahr: 207,92 Mio. €) auf vorzeitige Rückzahlungen. Bei Wohnzwecken dienenden Objekten sind 10,67 Mio. € (Vorjahr: 6,96 Mio. €) durch Amortisationen und 66,65 Mio. € (Vorjahr: 115,86 Mio. €) aus anderen Gründen zurückgezahlt worden.

Deckungsstock Öffentliche Pfandbriefe

Bei den zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen sind zum Bilanzstichtag keine rückständigen Leistungen anhängig.

Fremdwährungspositionen

Zum Bilanzstichtag beläuft sich der Gesamtbetrag der Forderungen in Fremdwährung auf 47,51 Mio. € (Vorjahr: 158,97 Mio. €). In den Verbindlichkeiten sind 118,77 T€ aus Nicht-Euro-Währungen enthalten (Vorjahr: 0,47 Mio. €).

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende noch nicht abgewickelte zins- und währungsbezogene Termingeschäfte: Zinsswaps, Zins-/Währungsswaps, Stillhalterverpflichtungen aus Optionen auf Zinsswaps, Schuldscheindarlehen mit Gläubigerkündigungsrechten, Pfandbriefe mit Schuldnerkündigungsrechten, Zinsbegrenzungsvereinbarungen. Alle Geschäfte dienen der Absicherung von Zins-, Options- und Währungsschwankungen. [G40]

Den negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente stehen in einer Gesamtschau auch positive Marktwerte aus den Grundgeschäften gegenüber, soweit sie sich auf die Zinskomponente beziehen.

Aufgelöst wurden im Berichtsjahr Derivate von nominal 3,82 Mrd. € (Vorjahr: 809,00 Mio. €), wodurch ein Zinsergebnis von saldiert -402,90 Mio. € (Vorjahr: +23,60 Mio. €) erzielt wurde.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die von der Bank getätigten Inanspruchnahmen im Rahmen der vom Einlagensicherungsfonds in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gewährten Unterstützungsvereinbarungen, Vereinbarung zum Verlustausgleich und Garantien besteht grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung durch die Bank. Diese wird jedoch erst nach signifikanter Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bank oder aber bei Liquidation konkret.

Aufgrund der Mitgliedschaft im BdB besteht eine Erstattungspflicht von Beträgen, die beim Einlagensicherungsfonds anfallen und im Zusammenhang mit der Betreuung der Bank stehen.

Aus einem langfristigen Mietverhältnis für das von der Bank genutzte Bürogebäude sowie zugehörigen Sicherheitsdienstleistungen ergeben sich unter Berücksichtigung frühestmöglicher Kündigungen künftige jährliche Verpflichtungen in Höhe von rund 0,90 Mio. €, die bis zum vertraglichen Laufzeitende im Jahr 2021 auf 0,54 Mio. € zurückgehen. Zudem bestehen Leasing-, Nutzungs- und Wartungsverträge für EDV-Hardware und Software sowie DV-Beraterverträge. Die Verträge haben Laufzeiten bis maximal Ende 2020. Aus den wesentlichsten Verträgen ergeben sich in 2018 Verpflichtungen von rund 1,72 Mio. €, die unter Berücksichtigung frühestmöglicher Kündigungen bis im Jahr 2020 auf rund 0,36 Mio. € sinken.

Zusätzlich bestehen aus wesentlichen Versicherungsverträgen, die überwiegend jährlich kündbar sind, zukünftige Verpflichtungen von 0,61 Mio. € jährlich.

Es ist darauf hinzuweisen, dass Teile der sonstigen finanziellen Verpflichtungen durch die vorgesehene ESF-Erstattung getragen werden.

Ausgelagerte Bereiche

Aus Gründen der Kostenreduktion hat die Bank wesentliche Aufgabenbereiche ausgelagert. Auslagerungen mit IT-Relevanz bestehen in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem, den IT-Infrastrukturleistungen sowie der Bereitstellung der Schnittstelle gemäß § 24c KWG (automatisierter Abruf von Kontoinformationen) auf externe Vertragspartner. Ferner wurden die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Archivierung aufbewahrungspflichtiger Unterlagen, Teile der Internen Revision sowie die Gehaltsabrechnung auf Dritte übertragen. Allen Auslagerungen gemein ist, dass diese Leistungen mit eigenen Mitteln nicht mit vergleichbarem Aufwand erbracht werden können. Die damit verbundenen Kosten sind gut kalkulierbar, eigene Mitarbeiterkapazitäten werden nicht gebunden und von den Erfahrungen und dem Spezialwissen der jeweiligen Vertragspartner kann profitiert werden. Außer den beim Outsourcing üblichen Nachteilen sieht die Bank keine speziellen Risiken, die sich durch die Auslagerungen der Aufgabenbereiche ergeben könnten.

Die wesentlichsten Auslagerungsprozesse bestehen aus Sicht der Bank in der Übertragung der Rechenzentrumsleistungen für das Kernbanksystem sowie in dem Bezug der IT-Infrastrukturleistungen von externen Partnern. Für das Berichtsjahr sind hierfür Zahlungsmittelabflüsse in Höhe von insgesamt 1,14 Mio. € (Vorjahr: 1,13 Mio. €) entstanden.

Weitere Mitteilungspflichten

Nach Mitteilung gemäß AktG ist die Resba Beteiligungsgesellschaft mbH (Gesellschaft des ESF) unmittelbar mit mehr als 25,0% der Aktien an der Gesellschaft beteiligt.

Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats.

Die Angaben nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 können dem Offenlegungsbericht 2017 entnommen werden, der auf der Homepage der Bank veröffentlicht werden wird. Die gemäß § 26a Abs. 1 S. 1 KWG zu kommunizierenden Angaben sind in am Ende dieses Geschäftsbericht zu finden.

Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen

Mit ehemals und derzeit nahe stehenden Unternehmen und Personen bestanden weder im Berichtszeitraum noch im Vergleichszeitraum des Vorjahrs Geschäfte zu marktüblichen Konditionen.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

| in Mio. € | Gezeichnetes Kapital | Stille Beteiligungen | Kapitalrücklagen | Gewinnrücklagen | Bilanzverlust/-gewinn | Gesamt |
|-------------------------------|----------------------|----------------------|------------------|-----------------|-----------------------|---------------|
| Stand 1.1.2016 | 401,0 | 0,0 | 362,4 | 48,9 | -624,6 | 187,7 |
| Ergebnis nach Steuern | | | | | -94,0 | -94,0 |
| Kapitalerhöhungen | 90,0 | | | | | 90,0 |
| Bestand zum 31.12.2016 | 491,0 | 0,0 | 362,4 | 48,9 | -718,6 | 183,7 |
| Stand 1.1.2017 | 491,0 | 0,0 | 362,4 | 48,9 | -718,6 | 183,7 |
| Ergebnis nach Steuern | | | | | -65,6 | -65,6 |
| Kapitalerhöhungen | 200,0 | | | | | 200,0 |
| Bestand zum 31.12.2017 | 691,0 | 0,0 | 362,4 | 48,9 | -784,2 | 318,1 |

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Eigenkapitalveränderungsrechnung zeigt die Entwicklung der verschiedenen Positionen des bilanziellen Eigenkapitals im Jahresverlauf. [G41]

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung gliedert die Veränderung des Zahlungsmittelbestands in die Zahlungsströme aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 21 vom 8. April 2014.

Die Zuordnung der Zahlungsströme zum laufenden Cashflow erfolgt in Anlehnung an die Zusammensetzung des operativen Ergebnisses. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Finanzanlagen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit bildet die Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern ab.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung generell als gering anzusehen. Daher ersetzt sie weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung, noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt. [G42]

Kapitalflussrechnung

| in Mio. € | 2017 | 2017 | 2017 | 2016 |
|---|----------|----------|--------------|-------------|
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | | | | |
| Periodenergebnis | -65,6 | | | -94,0 |
| Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens | 7,0 | | | 15,6 |
| Zunahme/Abnahme der Rückstellungen | -136,5 | | | 86,2 |
| Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge | | | | |
| Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens | | | | |
| Sonstige Anpassungen (Saldo) | -155,3 | -350,4 | | -139,2 |
| Zunahme/Abnahme | | | | |
| - der Forderungen an Kreditinstitute | 901,5 | | | 18,0 |
| - der Forderungen an Kunden | 438,5 | | | 449,8 |
| - der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) | | | | 100,0 |
| - anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit | 1,8 | | | 15,3 |
| - der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | -788,9 | | | -903,4 |
| - der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | -1.851,9 | | | -552,0 |
| - verbriefteter Verbindlichkeiten | -125,0 | | | -150,2 |
| - anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit | -13,2 | | | -106,1 |
| Zinsaufwendungen/ Zinserträge | 408,4 | | | -12,3 |
| Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten | | | | |
| Ertragssteueraufwand/-ertrag | | | | |
| Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen | 743,7 | | | 415,9 |
| Gezahlte Zinsen | -1.169,5 | | | -425,7 |
| Außerordentliche Einzahlungen | 155,3 | | | 134,1 |
| Außerordentliche Auszahlungen | | | | |
| Ertragssteuerzahlungen | | -1.299,3 | -1.649,7 | |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | | | | |
| Einzahlungen aus Abgängen | | | | |
| - des Finanzanlagevermögens | | 1.853,3 | | 1.012,0 |
| - des Sachanlagevermögens | | | | |
| - des immateriellen Anlagevermögens | | | | |
| Auszahlungen für Investitionen | | | | |
| - in das Finanzanlagevermögen | | | | |
| - in das Sachanlagevermögen | | | | |
| - für das immaterielle Anlagevermögen | | -0,4 | | -0,1 |
| Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis | | | | |
| Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis | | | | |
| Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo) | | | | |
| Einzahlungen aus außerordentlichen Posten | | | | |
| Auszahlungen aus außerordentlichen Posten | | | 1.852,9 | |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | | | | |
| Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen | | | | |
| - von Gesellschaftern des Mutterunternehmens | | 200,0 | | 90,0 |
| - von anderen Gesellschaftern | | | | |
| Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen | | | | |
| - an Gesellschafter des Mutterunternehmens | | | | |
| - an andere Gesellschafter | | | | |
| Einzahlungen aus außerordentlichen Posten | | | | |
| Auszahlungen aus außerordentlichen Posten | | | | |
| Gezahlte Dividenden | | | | |
| - an Gesellschafter des Mutterunternehmens | | | | |
| - an andere Gesellschafter | | | | |
| Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo) | | | 200,0 | |
| Cashflow, gesamt | | | 403,2 | -46,1 |
| Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | | | 22,9 | 69,0 |
| Finanzmittelfonds am Ende der Periode | | | 426,1 | 22,9 |

Nachtragsbericht


Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt worden sind, haben sich nicht ergeben.

Düsseldorf, den 28. Februar 2018

Der Vorstand



Dr. Klaus Vajc



Dr. Marcus Tusch

Organe und weitere Funktionen

Aufsichtsrat

Dr. Thomas A. Lange

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Meerbusch

Vorsitzender des Vorstands
NATIONAL-BANK AG

Paul Hagen

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Düsseldorf

Mitglied des Vorstands
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Andreas Böger

Mitglied des Aufsichtsrats
Kronberg im Taunus

Vice President of the Management Board,
Chief Financial Officer seit 1. Juli 2017
mBank S.A.

Managing Director bis 30. Juni 2017
Commerzbank AG

Joachim Dobrikat

Mitglied des Aufsichtsrats
München

Bereichsvorstand Finanzen
UniCredit Bank AG

Andreas Dörhöfer

Mitglied des Aufsichtsrats
Erding

Managing Director
Deutsche Bank AG

Dr. Christian Ossig

Mitglied des Aufsichtsrats
Frankfurt am Main

Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Bundesverband deutscher Banken e.V.

Vorstand

Dr. Klaus Vajc

Sprecher des Vorstands
Bad Homburg v. d. Höhe

Dr. Marcus Tusch

Mitglied des Vorstands
Gauting

Düsseldorf, den 28. Februar 2018
Düsseldorfer Hypothekenbank AG
Der Vorstand

Dr. Klaus Vajc

Dr. Marcus Tusch

Bestätigungsvermerk

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Düsseldorf Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Düsseldorf
Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Düsseldorf Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Düsseldorf Hypothekenbank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Verlustfreie Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Düsseldorf Hypothekenbank AG verweisen wir auf die Seiten 1 und 2 des Anhangs. Weitere Angaben zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs finden sich auf der Seite 5 des Anhangs.

Das Risiko für den Abschluss

Die Düsseldorf Hypothekenbank AG hat entsprechend der Grundsätze des IDW Rechnungslegungsstandard zur verlustfreien Bewertung des zinstragenden Bankbuchs (IDW RS BFA 3) zum 31. Dezember 2017 ermittelt, inwieweit die zukünftigen Erträge aus dem Bankbuch die diesbezüglichen Kosten abdecken. Entsprechend des Ergebnisses der Berechnung ist keine Rückstellung erforderlich.

Die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs entsprechend der Grundsätze des IDW Rechnungslegungsstandard IDW RS BFA 3 ist komplex und erfordert zudem Schätzungen über zukünftige Risiko- und Verwaltungskosten sowie die Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus.

Das Risiko für den Abschluss besteht insbesondere darin, dass bei der Berechnung die Ermittlungsmethode nicht entsprechend der Vorgaben des IDW RS BFA 3 erfolgt. Des Weiteren besteht das Risiko, dass bei der Ermittlung der zukünftigen Erträge und Aufwendungen keine sachgerechten Annahmen über die Höhe der einfließenden Parameter und die Abgrenzung des relevanten Saldierungsbereichs getroffen werden. Nicht sachgerecht ermittelte Parameter führen insoweit dazu, dass den Risiken aus einem Verpflichtungsüberschuss des Bankbuchs nicht entsprechend der handelsrechtlichen Vorschriften Rechnung getragen wird.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Basierend auf unserer Risikoanalyse und der Einschätzung der Fehlerrisiken haben wir bei der Prüfung der verlustfreien Bewertung des zinstragenden Bankbuch sowohl aussagebezogene als auch kontrollbasierte Prüfungshandlungen durchgeführt.

Wir haben zunächst für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Ermittlung des Verpflichtungsüberschusses aus dem zinstragenden Bankbuch Befragungen durchgeführt und Einsicht in das Fachkonzept und weitere relevante Unterlagen genommen. Wir haben die von der Bank verwendete Berechnungsmethodik anhand des Fachkonzeptes auf ihre Übereinstimmung mit handelsrechtlichen Grundsätzen hin beurteilt. Anschließend haben wir uns von der Implementierung und Wirksamkeit von relevanten Kontrollen, die die Bewertung des zinstragenden Bankbuchs entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften sicherstellen sollen, überzeugt. Für die zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der General IT Controls unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Die anschließend durchgeführten aussagebezogenen Prüfungshandlungen umfassten insbesondere:

Für den der Berechnung zu Grunde liegenden Saldierungsbereich haben wir überprüft, ob die Abgrenzung der einbezogenen Sachkonten zutreffend erfolgt ist. Für diese Sachkonten haben wir durch Abstimmung mit dem Hauptbuchsystem sicher gestellt, dass die zinstragenden Bestände des relevanten Saldierungsbereiches vollständig in die Berechnung einbezogen wurden.

Bezüglich der Risikokosten haben wir überprüft, ob die in die Berechnung nach IDW RS BFA 3 einfließenden Werte den für Zwecke der internen Risikosteuerung verwendeten Werten entsprechen. Des Weiteren haben wir uns von der ordnungsgemäßen Ermittlung der erwarteten Verluste über die Restlaufzeit der Instrumente („lifetime expected loss“) überzeugt.

Hinsichtlich der berücksichtigten Verwaltungskosten haben wir zunächst die Aufteilung der einzelnen Kostenstellen dahingehend überprüft, dass ausschließlich auf die Bearbeitung zinstragender Geschäfte des Bankbuchs entfallende Kosten in die Ermittlung einbezogen werden. Die Planung der zukünftigen Kosten haben wir mit der durch den Vorstand erstellten mittelfristigen Unternehmensplanung abgestimmt.

Abschließend haben wir die rechnerische Richtigkeit der Berechnung geprüft.

Unsere Schlussfolgerungen

Die von der Bank umgesetzte Methode zur verlustfreien Bewertung des Bankbuches entspricht den handelsrechtlichen Grundsätzen. Bei der Ermittlung der zukünftigen Erträge und Aufwendungen wurden sachgerechte Annahmen über die Höhe der einfließenden Parameter getroffen. Der relevante Saldierungsbereich wurde sachgerecht abgegrenzt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 29. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der Düsseldorfer Hypothekenbank Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Volker Bormann.

Düsseldorf, den 5. März 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Bormann

Wirtschaftsprüfer

gez. Schulz

Wirtschaftsprüfer

Länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG

Länderspezifische Berichterstattung

| in Mio. € | Deutschland |
|---------------------------------|-------------|
| Umsatz | -408,41 |
| Ergebnis vor Steuern | -65,58 |
| Steuern | 0,00 |
| erhaltene öffentliche Beihilfen | 0,00 |
| Mitarbeiter | 59 |

Grundlagen

Die Anforderung zur länderspezifischen Berichterstattung, dem sogenannten Country by Country Reporting aus Art. 89 der EU-Richtlinie 2013/36/EU (CRD IV), sind in § 26a Abs. 1 KWG in deutsches Recht umgesetzt worden.

Die erforderlichen Angaben beziehen sich auf den HGB-Einzelabschluss der Düsseldorfer Hypothekenbank mit Sitz in Deutschland.

Die geographische Zuordnung erfolgt auf Basis des juristischen Sitzes der Gesellschaft. Im Berichtsjahr gab es weder Niederlassungen noch Repräsentanzen.

Die geforderte Umsatzgröße ist in diesem Bericht definiert als die Summe aus dem Zins- und Provisionsergebnis sowie den sonstigen betriebliche Erträgen.

Die Steuern beziehen sich auf Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die Angabe zur Anzahl der Mitarbeiter bezieht sich auf Vollzeitkräfte zum Stichtag 31. Dezember 2017 (inkl. Vorstand); dabei erfolgt eine Umrechnung von Teilzeitkräften auf Vollzeitbasis.

Berichterstattung

Die Düsseldorfer Hypothekenbank AG ist als Kreditinstitut tätig.

Der Umsatz im Geschäftsjahr betrug -408,41 Mio. € und das Ergebnis vor Steuern -65,58 Mio. € bei 59 Mitarbeitern. [G43]

Kapitalrendite

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt -1,64 %.

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2015 für die Düsseldorfer Hypothekenbank AG eine neue Strategie mit Ziel einer Restrukturierung der Bank durch einen geordneten Rückbau im Going Concern entwickelt und verabschiedet hatten, waren die Jahre 2016 und 2017 durch eine konsequente und kompromisslose Umsetzung gekennzeichnet. Erfreulich ist, dass die Bank, dank Unterstützung der Eigentümerin, deutlich größere Fortschritte erzielen konnte, als ursprünglich für 2017 geplant.



Dr. Thomas A. Lange
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Corporate Governance

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs haben meine Kollegen und ich die Geschäftsleitung laufend beraten, kontrolliert und überwacht. Der Vorstand informierte in dieser Zeit regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich, elektronisch sowie mündlich über alle wesentlichen Belange der Bank. Darüber hinaus berichtete er dem Aufsichtsrat insbesondere ausführlich über die Risikosituation, Maßnahmen des Risikocontrollings und die Risikosteuerung. Auch wurden meine Kollegen und ich vom Vorstand über die Umsetzung der strategischen Planung detailliert unterrichtet. Zugleich wurden unterschiedliche Szenarien zum weiteren Rückbau ausführlich erörtert. Wesentliche Finanzkennzahlen und die jeweils aktuelle Liquidität einschließlich der Maßnahmen ihrer Steuerung waren darüber hinaus Gegenstand eingehender Berichte. Die Vorstandsberichte haben wir stets kritisch geprüft und zum Teil ergänzende Informationen erbeten. Diese wurden unverzüglich und immer zu unserer vollsten Zufriedenheit erteilt.

Der Aufsichtsrat war in alle Geschäfte und Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden. Alle Angelegenheiten, die unserer Zustimmung bedurften, wurden uns rechtzeitig zur Beschlussfassung vorgelegt. Wenn eine Beschlussfassung zwischen unseren Zusammenkünften erforderlich war, wurde diese im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und uns wurde fortgesetzt. Dies zeigte sich zuletzt daran, dass der Sprecher des Vorstands zwischen den Sitzungen stets Kontakt zu mir hielt, um persönlich ausführlich über wichtige Themen der Bank zu berichten. Zur ständigen Information über die Arbeit des Vorstands und die von ihm getroffenen Beschlüsse habe ich zudem – wie schon in der Vergangenheit – die Protokolle der in der Regel wöchentlich stattfindenden Vorstandssitzungen erhalten und einem Studium unterzogen. So vermochte ich mir ein eigenes Bild über die Unternehmensführung zu verschaffen. Darüber hinaus habe ich mich bei Bedarf mit den anderen Mitgliedern des Aufsichtsrats schriftlich und mündlich ausgetauscht.

Arbeit des Aufsichtsrats

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats statt. In allen Sitzungen berichtete der Vorstand über die Geschäfts- und Risikolage der Bank und erörterte diese eingehend mit uns. Neben dem Fortschritt des geordneten Rückbaus standen insbesondere die Unterstützungsmaßnahmen des Bundesverbands deutscher Banken e.V. – Einlagensicherungsfonds, die aktuelle Geschäftsentwicklung sowie die Änderungen im regulatorischen Umfeld im Mittelpunkt der Berichterstattung des Vorstands und unserer Beratungen.

Wir befassten uns erneut intensiv mit dem Risikomanagement und den internen Kontrollsystemen. Anhand der vom Vorstand vorgelegten Quartalsrisikoberichte prüften wir die Risikolage der Gesellschaft, insbesondere im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit, das Kreditrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko und das Ertragsrisiko der Bank. Zudem beschäftigten wir uns mit dem Jahresbericht und den Quartalsberichten der Internen Revision sowie dem Jahresbericht der Compliance-Organisation. Unsere ergänzenden Fragen zu einzelnen Themen beantwortete der Vorstand umfassend und zügig.

Besondere Schwerpunkte ergaben sich in den nachfolgend genannten Sitzungen zu den dargestellten Themen:

Sitzung am 29. März 2017

In der Bilanzsitzung prüften und billigten wir den vorgelegten Jahresabschluss, den Lagebericht und den Gewinnverwendungsbeschluss jeweils für das Geschäftsjahr 2016. An dieser Zusammenkunft haben zur Erläuterung des Jahresabschlusses Vertreter des Jahresabschlussprüfers teilgenommen und ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet. In der Sitzung befassten wir uns u. a. umfassend mit dem Fortschritt des Rückbaus im Going Concern. Ferner stellte die aktuelle Lage der Gesellschaft einen wesentlichen Erörterungspunkt dar. Der Jahresbericht der Internen Revision sowie der Prüfungsplan 2017–2019 wurden ebenso vorgelegt und diskutiert. Ferner wurden die Jahresberichte der Compliance-Organisation sowie die Berichte des Informationssicherheitsbeauftragten und des Datenschutzbeauftragten vorgelegt und eingehend mit den persönlich anwesenden Beauftragten besprochen. Darüber hinaus beschlossen wir nach Erörterung die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2016.

Sitzung am 21. Juni 2017

In dieser Zusammenkunft haben wir uns u.a. mit der Überprüfung der Vergütungssysteme auseinandergesetzt und ihre Kompatibilität mit geltenden Rechtsvorschriften festgestellt. Des Weiteren wurde der Fortgang des Rückbaus zum Gegenstand ausführlicher Erörterungen gemacht. Hierbei besprachen wir intensiv die Alternativen des weiteren Vorgehens im Rückbau unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation. Auch die aktuelle Lage der Gesellschaft sowie der Quartalsrisikobericht stellte einen wesentlichen Teil unserer Besprechungen dar.

Sitzung am 13. September 2017

In dieser Zusammenkunft behandelten wir u. a. erneut intensiv die Rückbauszenarien im Kapitalmarkt, gestützt auf eine Risikoeinschätzung der Bank für einzelne südeuropäische Länder. Aufsichtsrat und Vorstand stimmten darin überein, die aktuell günstige Marktentwicklung zu nutzen und Vorzieheffekte entstehen zu lassen. Schließlich erörterten wir die Tagesordnung der für den gleichen Tag anberaumten außerordentlichen Hauptversammlung. Der Vorstand hat der Hauptversammlung gemäß § 92 Abs. 1 AktG erneut einen Verlust in Höhe der Hälfte des Grundkapitals der Düsseldorfer Hypothekenbank AG angezeigt. Gegenstand der Sitzung war auch der Halbjahresbericht.

Sitzung am 11. Dezember 2017

Ein Schwerpunkt dieser Sitzung lag in der Diskussion mit Vertretern der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, über die Festlegung der Schwerpunkte der Jahresabschlussprüfung. Wir besprachen mit den Vertretern der Gesellschaft auch intensiv die Neugestaltung des Bestätigungsvermerks und die Auswahl der Key Audit Matters. Ein weiteres Kernthema bildete die Präsentation mit Diskussion und abschließender Beschlussfassung zur aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie einschließlich der mittelfristigen Finanz- und Kapitalplanung. Darüber hinaus haben wir die neue Fassung der Institutsvergütungsverordnung besprochen. Wir informierten uns zudem schwerpunktmäßig über die Personalrisiken unter besonderer Berücksichtigung des Rückbaus der Bank. Wie stets wurde die aktuelle Lage einschließlich des Risikoabbaus besprochen. Zudem haben wir uns mit den Ergebnissen der Effizienzprüfung von Vorstand und Aufsichtsrat befasst. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse fließen selbstverständlich in die weitere Optimierung der Gremienarbeit, auch wenn der Grenznutzen angesichts der hohen Professionalisierung des Aufsichtsrats überschaubar ist, mit ein. Die Grundsätze der Bank für die Auswahl der Organe und Mitarbeiter der oberen Leistungsebene wurden überprüft und – wo notwendig – angepasst.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Kontrollaufgaben hat der Aufsichtsrat zwei Ausschüsse eingerichtet: Den Risiko- und Prüfungsausschuss sowie den Vergütungskontrollausschuss. Beiden waren im Berichtsjahr erneut beratend für den Aufsichtsrat tätig und fassten in Vorbereitung auf dessen Zusammenkünfte Beschlussempfehlungen. Wie schon im Vorjahr haben die Mitglieder des Aufsichtsrats, die jeweils einem Ausschuss nicht angehören, an dessen Beratungen als (nicht stimmberechtigte) Gäste teilgenommen. Ziel war und ist es, trotz arbeitsteiliger Vorbereitung der Aufsichtsratssitzungen ein Maximum an Kompetenz und Expertise mit Blick auf den Rückbau sicherzustellen.

Der Risiko- und Prüfungsausschuss tagte viermal. Dem Ausschuss wurden regelmäßig die Berichte über die Risikolage der Bank vorgestellt. Die Ausschussmitglieder haben die Inhalte mit dem Vorstand diskutiert und diese zustimmend zur Kenntnis genommen. Im März 2017 hat der Ausschuss den Bericht des Jahresabschlussprüfers für das Geschäftsjahr

2016 entgegengenommen und die Ergebnisse eingehend mit dem Wirtschaftsprüfer diskutiert. Themen waren u. a. auch operationelle Risiken, die Geschäftsstrategie sowie die Berichte der Compliance-Organisation und der Internen Revision. Der Ausschuss befasste sich aber auch mit dem Banken- und dem regulatorischem Umfeld. In der Dezembersitzung hat sich der Ausschuss mit dem Wirtschaftsprüfer über die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2017 beraten.

Der Vergütungskontrollausschuss traf sich zu insgesamt drei Sitzungen und erörterte hierbei auch die variable Vergütung für Vorstand und Mitarbeiter. Die Festsetzung des Gesamtbetrags, vor dem Hintergrund des Rückbaus der Gesellschaft und der damit einhergehenden Verluste, wurde intensiv besprochen. Ein Schwerpunkt war ferner die Angemessenheit des Vergütungssystems für Vorstand und Mitarbeiter. Neben den turnusgemäß zu behandelnden Themen befasste sich der Ausschuss auch mit der Novellierung der Institutsvergütungsverordnung und der daraus resultierenden Anpassungen der Vergütungssysteme und -regeln der Bank. Darüber hinaus unterstützte der Vergütungskontrollausschuss den Aufsichtsrat bei allen Fragen im Zusammenhang mit der Vergütung des Vorstands.

Der Ausschussvorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hatte die uneingeschränkte Möglichkeit, sich mit dem Leiter der Internen Revision und dem Leiter des Risikocontrollings auszutauschen. Der Ausschussvorsitzende des Vergütungskontrollausschusses hatte die uneingeschränkte Möglichkeit, Informationen beim Leiter der Internen Revision und bei der Personalleiterin einzuholen. Die Ausschüsse konnten auf externe Ressourcen für ihre Tätigkeit zurückgreifen. Aufgrund der Kompetenz und Erfahrung der Aufsichtsratsmitglieder wurde hiervon kein Gebrauch gemacht.

Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats haben an den Sitzungen der Ausschüsse einvernehmlich als Gäste teilgenommen. Die Protokolle der Ausschusssitzungen wurden dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht und wesentliche Erkenntnisse dem Aufsichtsrat unverzüglich bekannt gegeben. Bei Bedarf fand eine Abstimmung zwischen den Ausschüssen, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand auch zwischen den jeweiligen Sitzungsterminen statt.

Sämtliche amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats haben an allen Beschlussfassungen, ggf. telefonisch, mitgewirkt.

Personalia

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören die Herren Andreas Böger, Joachim Dobrikat, Andreas Dörhöfer, Paul Hagen, Dr. Thomas A. Lange sowie Dr. Christian Ossig an. Vorsitzender des Risiko- und Prüfungsausschusses ist Herr Paul Hagen, stellvertretender Vorsitzender Herr Joachim Dobrikat und Herr Andreas Böger Ausschussmitglied. Die Funktion des Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses hat Herr Dr. Thomas A. Lange inne, stellvertretender Vorsitzender ist Herr Dr. Christian Ossig, Ausschussmitglied ist Herr Paul Hagen.

Jahresabschluss 2017

Die Buchführung und der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten und von uns beauftragten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Die Prüfung hat zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat uns eine Erklärung über seine Unabhängigkeit vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keinen Zweifel an der Richtigkeit des Inhalts dieser Unabhängigkeitserklärung.

Der Prüfungsbericht sowie alle zugehörigen Anlagen und Unterlagen sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats vor der Aufsichtsratsitzung am 21. März 2018, in der über den Jahresabschluss beraten wurde, rechtzeitig zugegangen. Sie haben sich durch das Studium der zugesandten Unterlagen über die Ergebnisse der Prüfung informiert. Der Risiko- und Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahresabschluss in seiner Sitzung am 21. März 2018 erörtert und die ausführliche Berichterstattung des Abschlussprüfers über die Ergebnisse seiner Prüfung mit ihm und dem Vorstand diskutiert. Wir nahmen den Bericht des Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses über die Erkenntnisse entgegen.

Vertreter der Jahresabschlussprüfer haben an der Sitzung des Aufsichtsrats zur Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und den Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichtet. Die Prüfer standen den Mitgliedern des Aufsichtsrats für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Wir haben nach eigener Prüfung keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Darüber hinaus haben wir den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, gestützt auf die Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses, heute gebilligt. Der Jahresabschluss 2017 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Ergebnisverwendungsvorschlag des Vorstands geprüft und mit diesem diskutiert. Auf der Basis der Diskussion schließt sich der Aufsichtsrat dem Vorschlag des Vorstands zur Ergebnisverwendung an.

Der Vorstand erstellte außerdem einen Bericht gemäß § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und legte uns diesen zusammen mit dem Bericht des Abschlussprüfers vor. Nach Prüfung stimmten wir dem Bericht des Vorstands und dem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zu.

Dank

Meine Kollegen und ich danken sowohl dem Vorstand als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, die sich mit einem insgesamt weit überdurchschnittlichen Engagement dem geordneten Rückbau der Bank gewidmet und deutlich über unseren Planungen liegende Fortschritte erreicht haben. Vielfältigen Anforderungen, auch mit Blick auf neue aufsichtsrechtliche Vorgaben, haben sie sich motiviert gestellt und – neben der Unterstützung durch die Gesellschafterin – entscheidend dazu beigetragen, die Risiken der Vergangenheit zu minimieren. Der Aufsichtsrat ist davon überzeugt, dass es in dieser Besetzung gelingen wird, auch die weiteren Schritte zum Risikoabbau beherzt umzusetzen.

Düsseldorf, den 21. März 2018

Der Aufsichtsrat



Dr. Thomas A. Lange
Vorsitzender

Haftungsausschluss

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Düsseldorfer Hypothekbank AG, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Diese Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bank einwirken und zu großen Teilen außerhalb des eigenen Einflussbereichs liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der europäischen und weltweiten Finanzmärkte, regulierungsbedingte Veränderungen der Rahmenbedingungen für Marktteilnehmer und mögliche Kreditausfälle. Bei sämtlichen Prognosen geht die Bank von einer Fortführung der bisherigen Eckpunkte der Geschäfts- und Risikostrategie aus.

Die tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungen können erheblich von den in diesem Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Die Bank übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Impressum

Herausgeber

Düsseldorfer Hypothekenbank AG

Berliner Allee 41

40212 Düsseldorf

info@duesshyp.de

www.duesshyp.de

HRB Düsseldorf Nr. 35004

Kontakt

Unternehmenskommunikation & Personal

Elke Henzler

T: +49 211 86 720 165

F: +49 211 86 720 198

E: elke.henzler@duesshyp.de

